

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 30/3 (2003)

DOI: 10.11588/fr.2003.3.45496

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Zur Forschungsgeschichte und Methodendiskussion

MICHAEL HECHT

TEUERUNGSPROTESTE 1846/47 IN FRANKREICH UND PREUSSEN: VERGLEICHENDE UNTERSUCHUNG IHRER BEDINGUNGSFAKTOREN

Im Februar 1847 diskutierten die Mitglieder der französischen *Chambre des Députés* einen Gesetzentwurf, der zur befristeten Neurekrutierung von 10 000 Soldaten eine Kreditaufnahme von mehr als viereinhalb Millionen Francs vorsah. Der Innenminister begründete diese Finanzaufwendung mit der Notwendigkeit, mittels Truppenverstärkung die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Jeder sehe »à quels désordres nous avons eu affaire sur un grand nombre de points, dans un grand nombre de départements«¹. Angesprochen waren damit die Subsistenzunruhen, die im Gefolge sprunghaft gestiegener Lebensmittelpreise in einer Reihe von Staaten Mittel- und Westeuropas stattfanden. Vor allem in Zentral- und Westfrankreich sowie in mehreren preußischen Provinzen kam es im Winter und Frühjahr 1846/47 zu ausgedehnten Serien von Marktkrawallen, Plünderungen, Exportblockaden und Speicherstürmen.

Im Gegensatz zu den gut untersuchten ländlichen Aufstandsbewegungen des Ancien Régime und den Subsistenzunruhen am Ende des 18. Jahrhunderts² haben die Teuerungsrevolten in der Mitte des 19. Jahrhunderts in der historischen Forschung lange Zeit weniger Aufmerksamkeit gefunden. In Frankreich wurden die Notjahre 1846/47 vor allem im Rahmen des von Ernest Labrousse propagierten Interpretationsmusters der Krisenzyklen »alten Typs« analysiert³. Untersuchungen zu Preisbewegungen und Konjunkturentwicklungen standen daher im Vordergrund, während eine intensive Beschäftigung mit der inneren Logik der Subsistenzrevolten unterblieb. Lediglich besonders spektakuläre Unruhen – wie jene im Berry – haben detailliertere Studien angeregt⁴. Erst in den letzten Jahren fanden

- 1 Procès-verbaux des séances de la Chambre des Députés, session de 1847, Bd. 2/3, Paris 1847, S. 5f.
- 2 Exemplarisch seien hier nur genannt: Yves-Marie BERCÉ, *Croquants et nue-pieds. Les soulèvements paysans en France du XVI^e au XIX^e siècle*, Paris 1991; Hugues NEVEUX, *Les révoltes paysannes en Europe XIV^e–XVII^e siècle*, Paris 1997; Cynthia BOUTON, *Les mouvements de subsistance et le problème de l'économie morale sous l'Ancien Régime et la Révolution française*, in: *Annales Historiques de la Révolution Française* 72 (2000) S. 71–100.
- 3 Ernest LABROUSSE, *Panoramas de la crise*, in: DERS. (Hg.), *Aspects de la crise et de la dépression de l'économie française au milieu du XIX^e siècle 1846–1851*, La Roche-sur-Yon 1956, S. III–XXIV, sowie die Regionalstudien in diesem Band.
- 4 Yvon BIONNIER, *Aspects économiques et sociaux des émeutes de la faim dans l'Indre en 1847*, in: *Cahiers médiévaux* 16 (1978) S. 91–110; DERS., *L'affaire de Buzançais*, in: *Ibid.* S. 111–127; Philippe VIGIER, *Buzançais, le 13 janvier 1847*, in: DERS., *La vie quotidienne en province et à Paris pendant les journées de 1848, 1847–1851*, Paris 1982, S. 35–53; Yvonne LE BRUN, »L'émeute« de Rennes des 9 et 10 janvier 1847, in: *Annales de Bretagne* 89 (1982) S. 479–503.

die Revolten wieder verstärktes Interesse. Denis Béliveau widmete seine Doktorarbeit den französischen Nahrungsprotesten zwischen 1816 und 1847, wobei insbesondere zu quantitativen Aspekten und den juristischen Repressionsmaßnahmen neue Erkenntnisse vorgelegt wurden⁵. Nicolas Bourguinat stellte die Unruhen vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Einstellung des Staates zur Subsistenzfrage im Verlauf der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dar und machte dabei auf diverse gesellschaftliche Zusammenhänge des Nahrungsproblems aufmerksam⁶. Von der außerfranzösischen Forschung wurden die Teuerungsproteste um 1847 schon zuvor unter dem Blickwinkel der Dichotomie von Tradition und Moderne innerhalb der französischen Gesellschaft gesehen. Charles Tilly erklärte die Protestentstehung als Antwort auf die Bildung und Stärkung von Nationalstaaten einerseits, die Durchsetzung kapitalistischer Wirtschaftsformen andererseits⁷. Roger Price galten die Unruhen von 1846/47 als Ausdruck traditionsverhafteter, häufig hysterischer Reaktionen auf Hunger und Elend. Erst der mit dem Eisenbahnbau vollzogene Modernisierungsschub um 1850 hätte eine Transformation der traditionellen Gesellschaft in eine neue, industrielle bewirkt, die auch das Ende der rückwärtsgewandten Volkskultur einläutete⁸. Hingegen wandte sich Peter McPhee gegen ein solches Verständnis »archaischer« Unruhen und hob vor allem die politische Konnotation der Nahrungsrevolten hervor⁹. Insbesondere Ahlrich Meyer sah einen engen Zusammenhang der Teuerungsunruhen mit den Lohnkämpfen der Arbeiterschaft und spannte somit den Bogen zur Arbeiterbewegung in der 1848er Revolution¹⁰.

Nahrungsrevolten in Deutschland haben seit den 1970er Jahren verstärktes Interesse in der historischen Forschung gefunden, wobei sich die Arbeiten von Beginn an auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts konzentrierten. Im Anschluß an makroanalytische Untersuchungen von Charles und Richard Tilly etablierte sich in Deutschland eine vorwiegend quantitativ arbeitende »historische Protestforschung«, die in Längs- und Querschnittstudien zu sozialen Unruhen in der Zeit des Vormärz umfangreiche »Protestsamples« kategorisierte und analysierte¹¹. Mit der Rezeption der Arbeiten E. P. Thompsons, vor allem seines folgenreichen »moral-economy«-Aufsatzes¹², mehrte sich die Forderung nach einer Ergän-

- 5 Denis BÉLIVEAU, *Les révoltes frumentaires en France dans la première moitié du XIX^e siècle. Une analyse des rapports de sociabilité, de la distribution des rôles sexuels et de leurs impacts sur la répression des désordres*, Thèse de doctorat, Paris-EHESS 1992.
- 6 Nicolas BOURGUINAT, *Les grains du désordre. L'État face aux violences frumentaires dans la première moitié du XIX^e siècle*, Paris 2002.
- 7 Exemplarisch Charles TILLY, *The Contentious French*, Cambridge/Mass. u. a. 1986.
- 8 Roger PRICE, *The Modernization of Rural France. Communications Networks and Agricultural Market Structures in Nineteenth-Century France*, London u. a. 1983. In der Interpretation ähnlich, wenn auch weniger konzis: Werner GIESSELMANN, »Die Manie der Revolte«. Protest unter der Französischen Julimonarchie (1830–1848), München 1993, S. 51–95.
- 9 Peter MCPHEE, *The Politics of Rural Life. Political Mobilization in the French Countryside 1846–1852*, Oxford 1992.
- 10 Ahlrich MEYER, Die Subsistenzunruhen in Frankreich 1846–1847, in: *Francia* 19/3 (1992) S. 1–45; DERS., Massenarmut und Existenzrecht, in: DERS., *Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789–1848*, Berlin 1999, S. 93–256.
- 11 Heinrich VOLKMANN, Kategorien des sozialen Protests im Vormärz, in: *Geschichte und Gesellschaft* 3 (1977) S. 164–189; Hans-Gerhard HUSUNG, Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1983; Rainer WIRTZ, »Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale«. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815–1848, Frankfurt a. M. 1981.
- 12 Edward P. THOMPSON, Die »sittliche Ökonomie« der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Detlef PULS (Hg.), *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1979, S. 13–71.

zung der »quantitativen Makrostudie« durch »qualitative Mikrostudien« des Protests¹³. Für die Unruhen des Jahres 1847 war vor allem die Arbeit von Manfred Gailus zentral¹⁴. Zur Erklärung der »Hungerunruhen« setzte er auf verschiedenen Ebenen an. Neben einer quantitativen Erfassung aller in überregionalen Zeitungen erwähnten Tumulte beschrieb er Voraussetzungen und Strukturen der Proteste anhand von drei Fallstudien in »dichter Beschreibung«. Zwischen der Mikro- und der Makroebene entdeckte er regionale Verdichtungszonen von Unruhen, die ihm bei der Erklärung des Phänomens wichtig erschienen. Aufgrund der Heterogenität der Protestgebiete und der Vielzahl von Einflußfaktoren sah er sich allerdings außerstande, ein konzises Erklärungsmodell für den Hungerprotest und seine geographische Streuung zu entwickeln. Immerhin benannte Gailus verschiedene Regionentypen und verwies ansonsten auf einen noch zu leistenden interregionalen Vergleich.

Der Forschungsstand zu Teuerungsprotesten in Frankreich und Deutschland zeigt somit ein ambivalentes Bild. Einerseits liegt eine Vielzahl von Arbeiten vor, andererseits konkurrieren verschiedene methodische Vorgehensweisen und interpretative Ansätze, die jeweils nur eine begrenzte Erklärungskraft besitzen. Vielen quantitativen und makroanalytischen Studien gegenüber ließe sich einwenden, allzu deterministische Kausalmodelle entwickelt zu haben, die die Wirkungsmächtigkeit der »Subjektivität« menschlichen Handelns weitgehend ausblenden. E. P. Thompsons Konzept der »moral economy« ist hingegen vorgeworfen worden, daß es zwar mentale Hintergründe von Unruhen erhelle, nicht jedoch schlüssig erklären könne, warum es in Krisenzeiten in bestimmten Orten zu Protesten kommt, in anderen aber nicht. Lokalstudien zu einzelnen Tumulten haben wiederum häufig Einflüsse auf die Entstehung von Unruhen unbeachtet gelassen, die in längerfristigen Prozessen, Strukturen und Zusammenhängen, die außerhalb des untersuchten Ortes liegen, zu suchen sind.

Im folgenden soll daher versucht werden, sich den Bedingungsfaktoren der Teuerungsproteste 1846/47 in einem Dreischritt anzunähern¹⁵. Dabei wird das Phänomen der Unruhen zum einen von unterschiedlichen Ebenen aus betrachtet, indem den Faktoren für die Protestentstehung in bestimmten Regionen, den Bedingungen in der betroffenen Stadt bzw. im betroffenen Dorf sowie dem Einfluß staatlicher Politik auf die Entstehung der Revolten nachgegangen wird. Der unterschiedliche Fokus soll es ermöglichen, bislang meist nur getrennt untersuchte Analyseebenen zusammenzuführen und zwischen Makro- und Mikroperspektive zu vermitteln. Zum anderen bedient sich die Studie verschiedener methodischer Ansätze zur Rekonstruktion der Bedingungsfaktoren. So stellt der erste Teil die Frage nach Strukturen und konjunkturellen Entwicklungen in den Mittelpunkt, wie sie aus der klassischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bekannt sind. Der zweite Teil widmet sich hingegen in einem historisch-anthropologischen Zugriff der Deutung der Situation durch die Handelnden – sowohl der »Tumultuanten« wie auch der lokalen Obrigkeiten auf der »Gegenseite«. Die im dritten Teil der Arbeit gestellte Frage nach den Maßnahmen der staatlichen Krisenbewältigung verlangt nach einer Politikanalyse, wobei die hiermit im

13 Werner GIESSELMANN, Protest als Gegenstand sozialgeschichtlicher Forschung, in: Wolfgang SCHIEDER, Volker SELLIN (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 3, Göttingen 1987, S. 50–77; Manfred GAILUS, Thomas LINDENBERGER, Zwanzig Jahre »moralische Ökonomie«. Ein sozialhistorisches Konzept ist volljährig geworden, in: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994) S. 469–477.

14 Manfred GAILUS, Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens 1847–1849, Göttingen 1990.

15 Für Unterstützung danke ich Werner Freitag, Peter Hertner, Christina Benninghaus, Andreas Petter und Siegfried Bodenmann. Vgl. auch Michael HECHT, Nahrungsmangel und Protest. Teuerungsunruhen in Frankreich und Preußen in den Jahren 1846/47, Halle 2003.

Zusammenhang stehenden Auffassungen über politische Ökonomie einbezogen werden müssen. Schließlich geht die Untersuchung auf allen drei Ebenen vergleichend vor, indem Frankreich und Preußen – die Länder mit der höchsten Anzahl von Unruhen 1846/47 – gemäß der gewählten Optik in bezug auf Protestlandschaften, lokale Bedingungen und Krisenpolitik jeweils parallel untersucht und auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede befragt werden. Ein solches Vorgehen ermöglicht es, die Wirkungsweise von Einflußfaktoren an verschiedenen Fällen zu testen und damit Aussagen zu schärfen¹⁶. Insgesamt ist also nicht beabsichtigt, ein allgemeingültiges Erklärungsmuster für Teuerungsproteste zu erarbeiten, sondern ein Analysemodell zu entwickeln, das dem »Warum?« der Unruhen¹⁷ in seiner Komplexität ein Stück näher kommt, als es ältere Studien vermocht haben.

I. Krisenregionen

Die regionale Verteilung von Teuerungsprotesten in Frankreich und Deutschland

Teuerungsproteste sind regionale Phänomene. In den Jahren 1846/47 erlebten die meisten mittel- und westeuropäischen Staaten Unruhen infolge hoher Nahrungsmittelpreise, wobei sich größtenteils Zonen der Protestverdichtung mit nahezu protestfreien Gebieten abwechselten¹⁸.

Eine kartographische Darstellung der französischen Unruhen wurde bereits an mehreren Stellen unternommen. Rémi Gossez ermittelte für eine »Carte des troubles« mehr als 700 Protestfälle, ohne jedoch genauer auf die Unruhen einzugehen¹⁹. Hingegen zählte Roger Price für die Jahre 1846/47 376 Teuerungsrevolten, während Denis Béliveau 458 Nahrungsproteste ausfindig machte²⁰. Die ungleichen quantitativen Ergebnisse beruhen weniger auf der unterschiedlichen Quellenbasis der Recherchen, denen im wesentlichen die selben Berichte der Lokalbehörden an die Regierung zugrundelagen. Vielmehr unterschied sich der benutzte Protestbegriff. Während Price vor allem kollektive und gewaltsame Störungen der öffentlichen Ordnung berücksichtigte, wurden bei Béliveau auch aufgefundene Drohplakate sowie bei Gossez vermehrte »Aufregung« und »Aufruhrstimmung« der Bevölkerung einbezogen. Dies und die teilweise divergierende Einordnung bestimmter Unruhen in das jeweils selbst geschaffene Kategorienraster machen auf mehrere Probleme aufmerksam. Zum einen scheint eine eindeutige Abgrenzung einzelner Protesttypen schwierig, da fließende Übergänge von legalen und illegalen sowie gewaltlosen und gewalthaften Protesten bestanden. Zum anderen wirkte die zeitgenössische Wahrnehmung der Unruhen als Filter für die Quantifizierung des Protests: Die Art und Weise, in der Unterbehörden und

16 Zu Perspektiven des Vergleichs Heinz-Gerhard HAUPT, Jürgen KOCKA, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme, in: DIES. (Hg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M. u. a. 1996, S. 9–45.

17 Im Gegensatz zu »food riot« und »révolte frumentaire« fehlt im Deutschen ein präziser und allgemein gebräuchlicher Begriff zur Bezeichnung des Phänomens. Im folgenden wird synonym von Teuerungsprotesten, Nahrungsrevolten und Subsistenzunruhen gesprochen, worunter (in Anlehnung an Gailus) kollektive Protestaktionen unterer Bevölkerungsschichten verstanden werden sollen, die infolge von Nahrungsmangel bzw. Teuerung auf die Sicherstellung von Nahrungsansprüchen durch Selbsthilfe gegen Besitzende und Obrigkeiten zielten. Der enge Zusammenhang mit anderen Ausdrucksformen von Widerspruch und Devianz ist dabei im Auge zu behalten.

18 Einen Überblick der europäischen Protestlandschaft gibt GAILUS (wie Anm. 14) S. 210ff.

19 Rémi GOSSEZ, A propos de la carte des troubles de 1846–1847, in: LABROUSSE (wie Anm. 3) S. 1–3. Er unterscheidet neun Kategorien des Protests.

20 PRICE (wie Anm. 8) S. 144 (6 Kategorien); BÉLIVEAU (wie Anm. 5) S. 66 (8 Kategorien); DERS., Les grains de la colère. Géographie de »l'émotion populaire« en France au sujet de la cherté des céréales (1816–1847), in: Criminologie 27 (1994) S. 99–116.

Militärabteilungen über die Vorfälle berichteten, einzelne Details hervorhoben und andere verschwiegen, war mitbestimmend für das Bild über die französische Protestlandschaft. Dennoch stimmen die Befunde von Gossez, Price und Béliveau in zwei Punkten deutlich überein. Erstens zeichnet sich die Transportblockade (»entrave«), also die kollektive Verhinderung der Ausfuhr oder Durchfuhr von Nahrungsmitteln in der Stadt oder dem Dorf, als häufigste Form des Protests ab, auch wenn sie im Kontext anderer Formen stattfinden konnte. Zweitens ist das Verteilungsmuster der Unruhen innerhalb Frankreichs unabhängig vom zugrundeliegenden Protestbegriff. Die Verdichtungszone stimmen weitestgehend überein. Teuerungsunruhen fanden 1846/47 im wesentlichen in Zentral-, Nord- und Westfrankreich statt, während der Süden und der Osten des Landes überwiegend protestfrei blieben. Besonders unruhige Departements waren Indre-et-Loire, Mayenne und Ille-et-Vilaine. Berücksichtigt man zusätzlich die Chronologie der Aufstände, ergibt sich für Frankreich ein Bild von mehreren Protestregionen, in denen die topographische und zeitliche Häufung von Unruhen zusammenfiel²¹.

Auch für die deutschen Teuerungsproteste des Jahres 1847 läßt sich ein regionales Verteilungsmuster nachweisen. Manfred Gailus eruierte 200 Aktionen, die er in 50 Marktkrawalle, 74 Angriffe auf Speicher oder Läden, 24 Transportblockaden und 52 unbekannte oder Mischformen unterteilte. Regionen mit hoher Dichte von Hungerrevolten waren das Königreich Württemberg mit größeren Unruhen in Ulm und Stuttgart, der Raum Franken/Obermain, das Gebiet links der Oder in der preußischen Provinz Schlesien, Vor- und Hinterpommern, Posen, die Provinz Preußen sowie die Provinz Sachsen mit den durch sie eingeschlossenen anhaltischen Herzogtümern. Weitgehend protestfrei blieben hingegen die nordwestdeutschen Regionen, das Königreich Sachsen und die westlichen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen²².

Die Frage, in welcher Weise die ungleiche Proteststreuung zu erklären sei, wurde wiederholt aufgegriffen, zumal ein einfacher Zusammenhang zwischen der Größe des Notstandes auf der einen Seite und der Protestintensität auf der anderen Seite nicht vorzuliegen schien: Die Nahrungsmittelpreise stiegen in Deutschland wie in Frankreich landesweit deutlich an. Einige traditionelle Armutsregionen wie das sächsische Erzgebirge und Teile des Massif Central blieben in der Krisenzeit weitgehend ruhig, wohingegen sich auch die Protestregionen untereinander in ihrer Sozialstruktur und ökonomischen Potenz durchaus heterogen ausnahmen. Mehrere Deutungsversuche der Verteilungslogik hoben auf das Zusammenspiel der Faktoren Produktion, Verbrauch und Distribution von Getreide ab. Gailus sah im Ressourcenstrom, der in Krisenzeiten »Gewinner-« und »Verliererregionen« geschaffen habe, einen wichtigen Schlüssel zur Erklärung der Protestgeographie²³. Für Frankreich unterschied Price mehrere Arten unruhiger Gegenden: zum einen Exportregionen mit einem entwickelten kommerziellen Nahrungshandel, Getreidemonokulturen und hoher Bevölkerungsdichte, zum anderen Zufuhrgebiete mit geringen eigenen Anbauflächen für Getreide oder schlechten Böden. Weniger protestgefährdet seien hingegen Regionen mit traditioneller Subsistenzwirtschaft gewesen, in denen keine großen Arm-Reich-Gegensätze bestanden, der Nahrungshandel eine geringe Rolle spielte und Konflikte durch innerdörfliche Solidarität sowie »moralischen Druck« auf die Wohlhabenden entschärft werden konnten²⁴. An anderer Stelle wurde auf den Einfluß weiterer Faktoren für die Protestverteilung – etwa die Strukturen bürgerlicher Wohltätigkeit sowie das ungleiche Repressionspotential

21 MEYER (wie Anm. 10) S. 6.

22 Manfred GAILUS, Food Riots in Germany in the Late 1840s, in: Past and Present 145 (1994) S. 157–193.

23 GAILUS (wie Anm. 14) S. 229f. Ähnlich auch Hans-Heinrich BASS, Hungerkrisen in Preußen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, St. Katharinen 1991.

24 PRICE (wie Anm. 8) S. 53 und 145.

durch Militär und Polizei in den einzelnen Landesteilen – hingewiesen²⁵. Diese für Frankreich und Deutschland vorgeschlagenen Erklärungsansätze für die Geographie des Teuerungsprotests bieten Ausgangspunkte für eine detaillierte Analyse auf regionaler Ebene. Gleichzeitig ist deutlich geworden, daß Protestregionen durchaus unterschiedliche Krisenprofile besitzen konnten und daher ein einfaches Erklärungsmuster für die Protestgeographie nicht greifen kann. Im folgenden sollen zwei Regionen auf strukturelle und konjunkturelle Bedingungen, die von Einfluß für die Entstehung von Unruhen waren, untersucht werden: einerseits die preußische Provinz Sachsen (Saale-Elbe-Region), andererseits das südwestliche Pariser Becken (Departements Eure-et-Loir, Loir-et-Cher und Loiret).

Die Provinz Sachsen als Protestregion

Die mitteldeutsche Protestregion ist politisch-administrativ im wesentlichen identisch mit den mittleren und südlichen Teilen der preußischen Provinz Sachsen sowie den darin eingeschlossenen drei anhaltischen Herzogtümern. Teuerungsunruhen ließen sich in 21 Orten nachweisen, fast ausnahmslos im Zeitraum April/Mai 1847²⁶.

Die ökonomischen Gegebenheiten innerhalb der erst 1815 aus verschiedenen Vorgängerterritorien gebildeten Provinz Sachsen waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts recht verschieden. Im Norden und im Zentrum gab es Gegenden mit sehr fruchtbaren Böden und exportorientierter Landwirtschaft, vor allem die »Magdeburger Börde« galt als eine traditionelle Getreideüberschußregion mit wohlhabenden Landwirten. Hingegen besaßen die vormals kursächsischen Gebiete im Süden, die vor allem im Regierungsbezirk Merseburg aufgegangen waren, eine schlechtere Bodenqualität und eine größere Zahl bäuerlicher Kleinstellen. Allerdings war hier auch die Urbanisierungsdichte höher: 69 vorwiegend Klein- und Mittelstädte mit weniger als 10 000 Einwohnern standen 49 Städten im Regierungsbezirk Magdeburg gegenüber²⁷. Die städtische Wirtschaft befand sich im 19. Jahrhundert in einem dynamischen Umgestaltungsprozeß, wobei die 1840er Jahre durch einen Rückgang traditioneller Gewerbebezüge (wie der Textilherstellung) gekennzeichnet waren. Motor der beginnenden Industrialisierung wurde die Verarbeitung von Zuckerrüben, die jedoch hauptsächlich in den agrarischen Gebieten im Norden der Provinz stattfand²⁸. Hingegen hatte der Industrialisierungsschub die Mehrzahl der Städte in den südlichen Gegenden noch nicht erfaßt. Die urbane Erwerbsstruktur blieb gekennzeichnet durch traditionelles Kleingewerbe, geringe Betriebsgrößen und eine hohe Anzahl von Angehörigen der Massenhandwerke wie Schneiderei, Schusterei und Tischlerei. Dieses überkommene kleinstädtische Milieu aus »pauperisierten« Kleinmeistern und Handarbeitern war besonders anfällig für die Folgen der Teuerungskrise 1846/47²⁹.

25 Richard TILLY, Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914, München 1990, S. 26f.; MCPHEE (wie Anm. 9) S. 65f.

26 Michael HECHT, Mitteldeutschland als Protestregion. Geographie, Chronologie und Typologie der Subsistenzunruhen 1847, in: Christina BENNINGHAUS (Hg.), Region in Aufruhr. Hungerkrise und Teuerungsproteste in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt 1846/47, Halle 2000, S. 93–116.

27 Statistisches Bureau zu Berlin (Hg.), Tabellen und amtliche Nachrichten über den preußischen Staat für das Jahr 1847, Bd. 1, Berlin 1851.

28 Alfred ZANDER, Die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz Sachsen im 19. Jahrhundert, Halle 1934, S. 69–76; Friedrich-Wilhelm HENNING, Die Ansätze der industriellen Entwicklung in Sachsen-Anhalt im 19. und im 20. Jahrhundert, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte N.F. 4 (1994) S. 1–30.

29 Jürgen BERGMANN, Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49, Stuttgart 1986, S. 23ff. und 59ff.; zur Krise 1846/47 allgemein Wilhelm ABEL, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, Hamburg u. a. 1974, S. 359ff.

Zunächst ist jedoch zu klären, wie die Getreideertrags- und Preissituation konkret aussah, schließlich waren die Ausfallraten der Ernte 1846 in den einzelnen preußischen Regionen durchaus unterschiedlich. Die Provinz Sachsen schnitt im Vergleich nicht überproportional schlecht ab. Mit 74 Prozent einer durchschnittlichen Ernte bei Weizen, 59 Prozent bei Roggen und 63 Prozent bei Kartoffeln läßt sich die Region bezüglich der Ausfallmengen im preußischen Mittelfeld verorten. Schlechtere Ergebnisse erzielten vor allem die östlichen Provinzen³⁰. Die provinziälsächsischen Behörden nahmen die Ernteverluste jedenfalls nicht zum Anlaß übermäßiger Besorgnis. Die Beamten zeigten sich überzeugt, daß die geernteten Bestände zur Selbstversorgung der Region ausreichen würden und daß das Ernteergebnis »einen allgemeinen Nothstand auch selbst bei der arbeitenden ärmeren Classe von Einwohnern nicht befürchten läßt«³¹. Für das Frühjahr 1847 rechnete man mit einem Rückgang der Nahrungsmittelpreise.

Die Preisentwicklung auf den Wochenmärkten zeigte in den ersten Monaten des Jahres 1847 jedoch einen vollkommen anderen Trend: Es fand ein sprunghafter Anstieg statt, der im preußischen Vergleichsrahmen besonders deutlich ausfiel. Legt man die Preissteigerungsraten von 1845 auf 1847 – also die Abweichung vom sonst Üblichen – zugrunde, nahm das Getreidepreisniveau in der Provinz Sachsen innerhalb Preußens den Spitzenplatz ein³². Im April und Mai 1847 wurden auf den lokalen Märkten für Brotgetreide und Kartoffeln Preise gefordert, die um das drei- bis vierfache gegenüber »Normaljahren« erhöht waren. Verschärfend trat hinzu, daß der Preisanstieg des Getreides am stärksten den Roggen betraf, der in der Provinz Sachsen in den 1840er Jahren deutlich mehr konsumiert wurde als im Landesdurchschnitt. Für die Zeit der Teuerung bedeutete dies, daß eine in anderen Regionen mögliche Substitution der weiterhin teureren Weizenprodukte durch Roggenbrot hier kaum von Bedeutung war. Auch die weite Verbreitung der Mahl- und Schlachtsteuer in der Provinz Sachsen belastete die Nahrungssituation in vielen Städten zusätzlich, da diese Konsumsteuer im Gegensatz zur sonst erhobenen Klassensteuer eine insgesamt höhere Pro-Kopf-Belastung nach sich zog und zudem die Unterschichten besonders intensiv beanspruchte³³. Die Provinzialbehörden mußten im Frühjahr 1847 eingestehen, daß entgegen ihrer zuerst geäußerten Prognose die ärmeren Bevölkerungsgruppen in erheblichem Maße unter der Teuerung und der mit ihr einhergehenden Gewerbekrise zu leiden hatten. Der Getreidepreis »stand mit dem Tagelohn der arbeitenden Klasse in keinem Verhältniß, sie vermochten das theure Brod nicht zu erkaufen und Viele fingen an Hunger zu leiden«³⁴. Das Fehlen eines wohlhabenden Wirtschaftsbürgertums in den Städten der Provinz Sachsen zeitigte zudem die Konsequenz, daß die Unterstützung der Notleidenden durch bürgerliche Wohltätigkeitsvereine und Suppenküchen zunächst nur bescheidene Ausmaße annahm³⁵.

Die exorbitanten Preissteigerungen bei nur »durchschnittlichen« Ernteverlusten lenken den Blick auf den Nahrungsmittelhandel und die Einbindung der Provinz Sachsen in den interregionalen Getreidemarkt. Die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg galten

30 HECHT (wie Anm. 15).

31 Landesarchiv Merseburg (im folgenden: LAM), Rep. C 50 Torgau I, Nr. 40.

32 Karl OBERMANN, Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Krise von 1845–1847 in Deutschland, insbesondere in Preußen, in: Jahrbuch für Geschichte 7 (1972) S. 141–174, hier S. 150f.; HECHT (wie Anm. 15).

33 Dieter BURGHOLZ, Privater Lebensmittelverbrauch und kommunale Lebensmittelvorsorge während der Urbanisierung Preußens, in: Hans Jürgen TEUTEBERG (Hg.), Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters, Münster 1987, S. 91–126.

34 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg (im folgenden: LHAM), Rep. C 20 I, Ia, Nr. 623, Bd. 15, Bl. 218.

35 Editha ULRICH, Krisenmanagement und Wohltätigkeit: Kommunale Fürsorge in der Teuerungskrise 1847, in: BENNINGHAUS (wie Anm. 26) S. 161–185.

in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Nettoexporteure von Getreide, genauere Angaben fehlen in Ermangelung exakter Daten. Auch wenn die zeitgenössische amtliche Statistik nur ein geringes Handelsvolumen der Provinz Sachsen mit Staaten außerhalb des Zollvereins ausweist³⁶, steht zu vermuten, daß die nicht statistisch erfaßten Exporte in die preußischen Nachbarprovinzen sowie in Zollvereinsstaaten von großem Umfang waren. Aus verschiedenen Einzelnachrichten läßt sich schließen, daß insbesondere das Königreich Sachsen, aber auch die thüringischen Staaten und das Herzogtum Braunschweig regelmäßig Nahrungsmittel aus der Provinz Sachsen importierten. Entsprechende Geschäfte, die vor allem aus den Überschußgebieten der »Magdeburger Börde« herrührten, waren in »normalen« Jahren selbstverständlich und wurden keineswegs als bedrohlich empfunden. Dies änderte sich jedoch mit der Nahrungsverknappung nach der schlechten Ernte 1846. Die Provinz Sachsen erlebte das auch in anderen Exportregionen beobachtete Phänomen, daß in Krisenzeiten nicht die Höhe der Ausfuhrmengen reduziert wurde, sondern der Mangel zu Lasten der lokalen Märkte fiel. Der Exportsog verstärkte sich im Laufe des Winters und Frühjahrs 1847, zumal es die geringe Kaufkraft der Bevölkerung nicht vermochte, das produzierte Getreide im Land zu halten. Auch wurden nun Gegenden verstärkt in den interregionalen Handel einbezogen, die nicht zu den traditionellen Überschußgebieten gehörten. Dies betraf vor allem die Gegend am Harz im Westen der Provinz. Hier waren die Wahrnehmung umfangreicher Exportgeschäfte und der Widerspruch dagegen besonders groß, wie sich aus zahlreichen Petitionen ablesen läßt³⁷. Auch die Handelskammer in Halle sah sich veranlaßt, den Finanzminister darauf hinzuweisen, daß das Getreide »dem Landmann aus den Händen gerissen« und »von allen Seiten weggeführt« würde³⁸. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Exporte wurde über die Flüsse (Elbe und Saale) abgewickelt. Daneben spielte die Eisenbahn eine wichtige Rolle. Dieses neue Transportmittel hatte in den 1840er Jahren schnell Fuß gefaßt; in der Provinz Sachsen waren bis 1846 die wichtigsten Städte an das Schienennetz angebunden worden³⁹. Im Krisenjahr 1847 waren es daher auch die Getreideausfuhren »in langen Güterzügen«⁴⁰, die vielerorts zu Unmutsbekundungen führten. Dabei ist interessant, daß nicht nur aus den Unterschichten, sondern auch aus der preußischen Beamenschaft und dem liberalen Bürgertum Stimmen gegen die Exporte von Getreide und Kartoffeln laut wurden. So brachte die hallische Handelskammer »selbst so exceptionelle Maasregeln als Ausfuhrverbote« zur Sprache, gleichwie sich viele provinziälsächsische Abgeordnete auf dem Vereinigten Landtag in Berlin für Schutzmaßnahmen und Eingriffe in das Marktgeschehen aussprachen⁴¹.

Das südwestliche Pariser Becken als Protestregion

Das französische Untersuchungsgebiet umfaßt den südwestlichen Teil des Pariser Beckens, wobei zur Abgrenzung die administrativen Einheiten, nämlich die Departements Eure-et-Loir, Loiret und Loir-et-Cher, dienen sollen. Nach der »cartes des troubles« von Rémi Gossez entfielen auf diese drei Departements etwa neun Prozent der französischen Teue-

36 Carl Friedrich Wilhelm DIETERICI, Statistische Übersicht der wichtigsten Gegenstände des Verkehrs und Verbrauchs im deutschen Zollvereine, 7 Bde., Berlin 1838–1857.

37 Beispielsweise Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (im folgenden: GStA PK), Rep. 77, Tit. 305, Nr. 17, Bd. 1, Bl. 153ff. und LHAM Rep. C 28 I f, Nr. 2141, Bl. 8f.

38 GStA PK Rep. 77, Tit. 305, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 76–81 und 247–253.

39 HECHT (wie Anm. 15).

40 LHAM Rep. C 28 I f, Nr. 2141, Bl. 3.

41 GStA PK Rep. 77, Tit. 305, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 249–253; Der erste preußische Vereinigte Landtag. Vollständiger Abdruck der auf den Landtag bezüglichen Gesetze, Verordnungen usw., sowie der Verhandlungen seiner Kurien, Bd. 1, Berlin 1847, Sp. 89–118.

rungsproteste in den Jahren 1846/47. Beschränkt man den Protestbegriff auf kollektive Aktionen zur Sicherstellung von Nahrungsansprüchen und läßt dabei auch das »Bandenbetteln« auf dem Land unberücksichtigt, ließen sich Hungerunruhen in 10 Orten nachweisen⁴².

Besaßen die drei Departements in etwa die gleiche Größe wie die preußische Untersuchungsregion, so war die Einwohnerzahl mit 880 000 im Jahr 1846 deutlich geringer. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung lebte auf dem Land, die Anzahl der Städte war nicht hoch. Lediglich Orléans, Blois und Chartres kamen auf mehr als 10 000 Einwohner⁴³. Die wirtschaftliche und soziale Struktur der Region wurde wesentlich durch die naturräumlichen Gegebenheiten mitbestimmt⁴⁴. Im Zentrum lag die durch Weizenanbau dominierte fruchtbare Landschaft der Beauce, die aufgrund ihrer außerordentlich hohen Hektarerträge als »grenier de la France« galt⁴⁵. Das Herzstück bildete die zum Departement Eure-et-Loir gehörige Ebene der Beauce Chartraine. Südöstlich schloß sich eines der größten Waldgebiete Frankreichs, die Forêt d'Orléans, an, im Osten des Departements Loiret die Landschaft des Gâtinais. Diese weniger ertragreichen Gegenden waren durch Schafzucht und Holzwirtschaft geprägt. Im dicht besiedelten Tal der Loire stellte der Weinbau eine wichtige Einnahmequelle dar. Südlich der Loire schloß sich die arme und rückständige Landschaft der Sologne an, in welcher Roggen-, Buchweizen- und Kartoffelanbau sowie Weidewirtschaft vorherrschten. Auch im Hügelland des Perche, das sich östlich des Loir erstreckte, markierten wenig fruchtbare Böden und feuchtes Klima die Unterschiede zum benachbarten »pays à blé« der Beauce. Großgrundbesitz war allgemein bedeutend, besonders dominant in den südöstlichen Teilen der Beauce, in der Sologne und im Gâtinais. Bäuerlicher Eigenbesitz war insbesondere in der Beauce Chartraine anzutreffen, wobei es sich meist um kleinste Flächen von weniger als einem Hektar Umfang handelte (»Parzellenbauern«). In den ärmeren Gegenden der Sologne, des Perche und des Gâtinais war bäuerlicher Besitz weitaus seltener; hier hatten sich noch am ehesten die alten seigneurialen Verhältnisse erhalten. Besitzlose Landarbeiter, die sich im Winter vielfach als Holzfäller verdingten, sowie Dienstboten auf den Höfen stellten im gesamten Untersuchungsgebiet einen umfangreichen Bevölkerungsteil. Ansätze der Industrialisierung fehlten in den Departements Eure-et-Loir, Loir-et-Cher und Loiret zur Mitte des 19. Jahrhunderts fast vollständig. Die wenigen größeren Städte besaßen traditionelle Erwerbsstrukturen⁴⁶. Insgesamt kann die Region als eine fast vollständig agrarisch geprägte gelten. Einer kleinen Gruppe von agrarkapitalistisch wirtschaftenden und exportorientierten Bauern – vor allem in der Beauce – stand eine große Gruppe von abhängig Beschäftigten, besitzlosen Landarbeitern und Kleinhandwerkern gegenüber, die in der Zeit der Julimonarchie verstärkt mit dem »Pauperismus« in Berührung kam. Der Wohlstand der Region nahm allgemein vom Zentrum (Beauce) her in Richtung Westen (Perche), Süden (Sologne) und Osten (Gâtinais, Forêt) ab.

42 GOSSEZ (wie Anm. 19); HECHT (wie Anm. 15).

43 Vgl. die Bde. 28, 41 und 45 der *Paroisses et communes de France. Dictionnaire d'histoire administrative et démographique*, Paris 1982–1997.

44 Grundlegend Jean-Claude FARCY, *Les paysans beaucerons au XIX^e siècle*, Chartres 1989; Georges DUPEUX, *Aspects de l'histoire politique et sociale du Loir-et-Cher 1848–1914*, Paris 1962; Christiane MARCILHACY, *Le Diocèse d'Orléans au milieu du XIX^e siècle. Les hommes et leurs mentalités*, Paris 1964; Michel AUBOUIN, *Une histoire de la Beauce, T. 2: 1789–1989*, Chambray 1997; Gregor DALLAS, *The Imperfect Peasant Economy: The Loire Country, 1800–1914*, Cambridge 1982; Jean VASSORT, *Une société provinciale face à son devenir. Le Vendômois aux XVIII^e et XIX^e siècles*, Paris 1995.

45 Sylvie DRAME et al., *Un siècle de commerce du blé en France, 1825–1913. Les fluctuations du champ des prix*, Paris 1991, S. 15f.

46 Jean-Claude FARCY, *Chartres au XIX^e siècle*, Chartres 1983; Jeannine LABUSSIÈRE, *Un destin manqué (1800–1848)*, in: Yves DENIS (Hg.), *Histoire de Blois et de sa région*, Toulouse 1988, S. 199–228.

Auch in Frankreich waren die Ausfallmengen der Getreideernte 1846 je nach Gegend sehr unterschiedlich. Vergleicht man die Ertragsverluste gegenüber den Ernten 1840/44 in den einzelnen Regionen, wird ersichtlich, daß die Defizite im südwestlichen Pariser Becken bei den Brotgetreidesorten gering, bei den Kartoffeln durchschnittlich waren. Mit einem Ertragsausfall von 18 Prozent per Hektar bei Weizen (nationaler Durchschnitt 29), 27 Prozent bei Roggen und Mengenkorn (nationaler Durchschnitt 33) und 25 Prozent bei Kartoffeln (nationaler Durchschnitt 36) zeigte sich die Untersuchungsregion vergleichsweise bevorzugt⁴⁷. Entsprechend fiel im Oktober 1846 die Ernteeinschätzung des Präfekten von Loir-et-Cher an das Landwirtschaftsministerium aus, da insbesondere der Weizen ausreichend sei. »*Sur tous les points du département [...] on considère le produit du froment égal à celui d'une année commune; s'il y a infériorité, la quotité du déficit ne peut être portée au dessus d'un cinquième. Cette denrée est partout d'une qualité supérieure et son rendement en farine dépassera celui de l'année dernière.*« Lediglich das Defizit bei Kartoffeln – »*ces aliments sur lesquels la classe pauvre fonde ses espérances*« – sei »*une cause d'inquiétudes sérieuses*«⁴⁸.

Auch bei der Entwicklung der Getreidepreise gab es nach der Ernte 1846 in Frankreich deutliche regionale Unterschiede. Während im Süden die Teuerung sehr begrenzt blieb, kletterten die Preise im Norden, im Westen und im Zentrum des Landes beträchtlich in die Höhe. Im Vergleich fiel die Steigerungsrate des Weizenpreises in den Departements Eure-et-Loir, Loir-et-Cher und Loiret besonders drastisch aus⁴⁹. Vor allem im Süden der Untersuchungsregion kam es im März 1847 zu einer Verdreifachung der vor Beginn der Krise üblichen Preise, unter der die vom Nahrungsmittelleinkauf auf dem Markt abhängigen Parzellenbauern, Landhandwerker und Tagelöhner litten. Hinzu kam, daß in der Region ein vergleichsweise geringes Lohnniveau herrschte und die Beschäftigungsmöglichkeiten – sowohl in der Landwirtschaft (Ernte) wie im Gewerbe – während der Krise reduziert waren⁵⁰. In erster Linie aus der Sologne und dem Gâtinais drangen im Winter 1846/47 Elendsschilderungen, aber auch Berichte über zunehmende soziale Spannungen, Feuersbrünste und Bettlerbanden⁵¹. Im Januar 1847 meldete der Präfekt aus Blois nach Paris: »*les riches habitants de la campagne abandonnent leurs demeures pour se réfugier dans les villes; les villes elles-mêmes sont saisies de crainte, redoutent quelque grand malheur*«⁵².

Wie in der preußischen Provinz Sachsen lag auch beim Pariser Becken in der Getreideausfuhr ein wichtiger Schlüssel zur Erklärung der Preissteigerungen bei lediglich unterdurchschnittlichen Ernteverlusten. Die Beauce war bereits im Ancien Régime eine wichtige Exportregion und spielte eine bedeutende Rolle bei der Versorgung der Hauptstadt Paris. In der Mitte des 19. Jahrhunderts genügte in »normalen« Jahren die Hälfte der geernteten Mengen zur Eigenversorgung, der Rest wurde ausgeführt⁵³. Während der Teuerungszeit verstärkte sich der Nachfragedruck auf die Region, vor allem aus den nördlichen Nachbar-

47 Berechnungen nach Ministère de l'agriculture et du commerce. Direction de l'agriculture. Bureau des subsistances (Hg.), *Récoltes des céréales et des pommes de terre, de 1815 à 1876*, Paris 1878. Genauere Angaben bei HECHT (wie Anm. 15).

48 Archives Nationales Paris (im folgenden: AN), F¹¹ 2758.

49 Genaue Zahlen bei HECHT (wie Anm. 15) unter Verwendung von Ernest LABROUSSE et al., *Le prix du froment en France au temps de la monnaie stable (1726–1913)*, Paris 1970.

50 Georges DUPEUX, *Aspects agricoles de la crise: Le département de Loir-et-Cher*, in: LABROUSSE (wie Anm. 3) S. 65–92, hier S. 81f.; Jean HEFFER et al., *La culture du blé au milieu du XIX^e siècle: rendement, prix, salaires et autres coûts*, in: *Annales ESC* 41 (1986) S. 1273–1302, hier S. 1278f.

51 AN F⁷ 3996, 4042, 4058; BB¹⁹ 39; Service Historique de l'Armée de Terre, Vincennes (im folgenden: SHAT), E⁵ 154.

52 Zit. nach DUPEUX (wie Anm. 50) S. 85.

53 Henri LIZIER, *Chartres et la Beauce au temps de Louis-Philippe, 1830–1848*, Chartres 1972, S. 72.

departements mit einem traditionell höheren Preisniveau. Auch wurden nun teilweise größere Mengen der »céréales secondaires« ausgeführt, die normalerweise nicht zum Export bestimmt waren, sondern der Ernährung der ärmeren Bevölkerungsschichten dienten. Insbesondere die Einwohner des Perche, des Gâtinais, der Sologne und der Waldgebiete mußten wahrnehmen, wie ihre Nahrungsgrundlage durch die Ernteverluste bei Weizen, vor allem aber bei Roggen und Kartoffeln, bedrohlich geschmälert war und gleichzeitig Ernteüberschüsse aus dem eigenen Departement in großen Quantitäten abtransportiert wurden. Auf den Straßen, auf dem Wasserweg (Loire, Canal d'Orléans, Canal de Briare-Loing) und mit der Eisenbahn – die bis 1846 Orléans und Blois mit Paris verbunden hatte – gelangten Getreide- und Mehlvorräte in Richtung Hauptstadt. Dies ließ nicht nur die Getreidepreise im Pariser Becken ansteigen, sondern führte mancherorts zu ernststen Versorgungsengpässen auf den lokalen Märkten. Aus Chartres wurde im März 1847 von Marktbesuchern berichtet, »qui, arrivant au marché s'en retournant désolés, les sacs vides, ne pouvant se procurer, même avec leur argent, la provision qui leur est nécessaire.« Und kurze Zeit später hieß es: »Jusqu'à présent les populations se montrent résignées, mais tristes et découragées. Cependant si les choses ne s'amélioraient pas promptement, il serait imprudent de compter sur la continuation de ce calme apparent, car les têtes sont montées et derrière cette misère réelle se cachent de bien mauvaises passions«⁵⁴.

Vergleicht man die Charakteristika der Krisenprofile zwischen der preußischen und der französischen Untersuchungsregion, lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen. In den Departements Eure-et-Loir, Loiret und Loir-et-Cher waren die Folgen der Teuerung vor allem auf dem Land spürbar. Insbesondere die große Gruppe der besitzlosen Landarbeiter, der Landhandwerker und Holzfäller litt unter dem Preisanstieg und dem Mangel an Nahrungsmitteln. Hingegen besaß die Krise in der preußischen Provinz Sachsen in erster Linie ein klein- und mittelstädtisches Gepräge. Die Nahrungskrise traf hier vor allem die Handarbeiter und Kleinhandwerker in den traditionell strukturierten Städten. Gemeinsam war den beiden untersuchten Regionen in Frankreich und Preußen, daß trotz eines Ernteergebnisses, das nicht unter dem nationalen Durchschnitt lag und zur Eigenversorgung als ausreichend befunden wurde, im Winter und Frühjahr 1846/47 ein enormer Anstieg der Getreide-, Kartoffel- und Brotpreise eintrat. Dieser basierte wesentlich auf einer forcierten Ausfuhr der Nahrungsmittel.

Die Zusammenhänge zwischen den beschriebenen Charakteristika der Krise und dem gehäuften Auftreten kollektiver Nahrungsproteste in beiden Regionen sind in mehreren Punkten evident. Zunächst besteht ein Konnex in typologischer Hinsicht: Exportblockaden fanden vor allem dort statt, wo der Nachfragesog besonders spürbar war, so im Pariser Becken in Sury und Chailly am Canal d'Orléans, in Pezou und La Fontaine am Rande des Perche in La Ferté in der Sologne sowie in der Nähe der Westgrenze der Provinz Sachsen (Salzwedel, Ilsenburg, Nordhausen und Aschersleben). Anderswo waren Marktunruhen typische Protestformen. Auch zwischen der Topographie des Nahrungsprotests im allgemeinen und dem regionalen Krisenprofil besteht ein Zusammenhang: Keine Unruhen fanden in den Gegenden mit exportorientierter Getreidewirtschaft statt, die längst in interregionale Marktzusammenhänge eingebunden waren (Magdeburger Börde, Beauce Chartraine), hingegen in jenen Gebieten, die eine intensiviertere Erschließung durch den Handel in der Krisenzeit erlebten. In der Provinz Sachsen war der typische Ort der Nahrungsrevolten die kleine bzw. mittelgroße Stadt mit 5000–15 000 Einwohnern und einer traditionellen Erwerbsstruktur. In den Departements Eure-et-Loir, Loiret und Loir-et-Cher stellte der Nahrungsprotest hingegen ein ländliches Phänomen dar. Die meisten Protestorte hatten weniger als 1000 Einwohner. Entsprechend fiel auch die soziale Zusammensetzung der »Protestpartei« aus: In der Provinz Sachsen revoltierten vorwiegend städtische Handarbei-

54 SHAT E⁵ 154.

ter und pauperisierte Kleinmeister, im südwestlichen Pariser Becken ländliche Tagelöhner, Holzfäller und Landhandwerker. Schließlich läßt sich auch ein Zusammenhang zwischen dem Verlauf der Nahrungskrisen und dem zeitlichen Auftreten der Proteste erkennen. In der Provinz Sachsen ereigneten sich fast sämtliche Unruhen zwischen dem 16. April und dem 2. Mai 1847 und damit genau in der Phase, in der die Getreidepreise die höchsten Steigerungsraten erfuhren. Im französischen Untersuchungsgebiet setzte der Anstieg der Preise bereits eher als in der Provinz Sachsen ein, fand aber auch deutlich früher sein Ende. Die Unruhen ereigneten sich schwerpunktmäßig im Februar und März 1847. Die Analyse regionaler Krisenprofile erweist sich somit insgesamt als wichtiger Schlüssel zur Erklärung des Auftretens von Teuerungsprotesten.

II. Lokale Protestbedingungen

Rekonstruktion von »Protestgeschichten«

Die hier herausgearbeiteten Krisenprofile einzelner Regionen, die auf strukturelle Gegebenheiten und konjunkturelle Entwicklungen rekurrierten, führten freilich nicht zwangsläufig zu Teuerungsunruhen. Auch wenn in bestimmten Gegenden besonders viele Proteste stattfanden, kam es doch nicht in allen Orten zu Revolten, obwohl die Teuerung ähnliche Auswirkungen zeitigte. »Sicherlich können objektive Strukturen und Prozesse ein bestimmtes Handeln erzwingen. So gering der Handlungsspielraum oft auch ist, gibt es doch keine Übermacht der objektiven Faktoren, keinen deterministischen Prozeß in der Geschichte, der jede Gestaltungsfreiheit aufhebt und den Menschen in seinem Denken und Handeln völlig unterwirft⁵⁵.« Für die Frage nach den Bedingungsfaktoren der Teuerungsproteste bedeutet dies, jenseits von sozioökonomischen Strukturen und »objektiven« Bedingungen nach der »signification humaine«⁵⁶ der Krise und der Unruhen zu suchen.

Ein historisch-anthropologischer Ansatz bietet sich für die Erforschung kollektiver Proteste an, stellen die Unruhen doch außergewöhnliche Ereignisse in der dörflichen und städtischen Gesellschaft dar und sind daher zumeist quellenmäßig gut dokumentiert. Gleichzeitig kann der Ausnahmecharakter der Revolten dazu dienen, subjektive Befindlichkeiten und Normvorstellungen zu rekonstruieren⁵⁷. Bereits der erste Teil der Arbeit hat ansatzweise verdeutlicht, daß es neben den quantitativ meßbaren Krisenerscheinungen auch die Wahrnehmungen und Interpretationen eben dieser Krisensituation waren, die das Verhalten bestimmter sozialer Gruppen beeinflußten. Es ist daher nun vonnöten, den kulturellen Kontext der Unruhen genauer auszuleuchten und dabei auch Spielräume und den Eigensinn menschlichen Handelns in den Blick zu nehmen. Hierzu soll zunächst auf die mentale Umgebung, auf Urteile über Getreidehandel, unruhige Stimmung und die Kommunikation im Vorfeld manifester Auseinandersetzungen eingegangen werden. Anschließend ist den Handlungsmotiven und -mustern der Beteiligten anhand von einzelnen Fallbeispielen nachzugehen.

55 Richard VAN DÜLMEN, *Historische Anthropologie. Entwicklung, Probleme, Aufgaben*, Köln u. a. 2000, S. 40; vgl. jetzt auch Andreas SUTER, Manfred HETTLING, *Struktur und Ereignis – Wege zu einer Sozialgeschichte des Ereignisses*, in: DIES. (Hg.), *Struktur und Ereignis*, Göttingen 2001, S. 7–32, hier S. 28f.

56 Pierre VILAR, *Réflexions sur la »crise de l'ancien type«, »l'inégalité des récoltes« et »sous-développement«*, in: DERS., *Une histoire en construction. Approche marxiste et problématiques conjoncturelles*, Paris 1982, S. 191–216.

57 Edward P. THOMPSON, *Volkskunde, Anthropologie und Sozialgeschichte*, in: DERS., *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 1980, S. 290–318.

»Vorgeschichten« des Protests

Als die Preise im Winter und Frühjahr 1846/47 exorbitant stiegen, stand für viele die Frage im Raum, ob die Teuerung »natürlicher« oder »künstlicher« Art sei, also einem absoluten Mangel an Getreide entstamme oder auf Geschäftspraktiken von Händlern zurückgehe. Die Antwort fiel unterschiedlich aus. Sah eine Minderheit »den wirklichen Mangel an ausreichenden Vorräthen« als Ursache und betonte, daß niemand imstande sei, »da Lebensmittel zu schaffen, wo keine erzeugt sind«⁵⁸, machte die Mehrheit den Getreidehandel mitverantwortlich. Das im 18. Jahrhundert populäre antiliberalen Bild vom Getreidehändler als »Kornjude« erlebte 1846/47 eine außerordentliche Renaissance, begrifflich meist als »Kornwucherer« und »Spekulant«, in Frankreich als »accapareur«⁵⁹. Dabei besaßen die Vorstellungen von »Getreidewucher« und »Spekulation« durchaus unterschiedliche Konnotationen. Traditionell war das Bild des Exporthändlers, der Nahrungsmittel in andere Gegenden verschickte, um einen höheren Preis zu erzielen, sowie das des Bauern und Geschäftsmannes, der Vorräte nicht auf den Markt brachte, sondern auf weiter steigende Preise hoffte. Aber auch modernere Formen der »Spekulation« zogen während der Krise 1846/47 deutliche Kritik auf sich. Dies betraf vor allem den Zeit- und Terminhandel mit Getreide, der nach dem Vorbild von Börsengeschäften abgewickelt wurde. Gegen dieses in Frankreich auch »vente factice« genannte Verfahren wandten sich in Preußen zahlreiche Eingaben an die Regierung, indem Wendungen wie »Lottospiel der Getreide-Zeitkäufe«, »Wucherhandel« und »Höllenspiel« gebraucht wurden⁶⁰. Die Bemerkung des Rentiers Emil Flatho aus Halle, »früher war dieser Schwindel nur in Berlin zu betreiben, jetzt ist er im ganzen Lande verbreitet und stiftet in jetziger Zeit furchtbares Unheil«⁶¹, spricht dafür, daß entsprechende Geschäftspraktiken für viele Menschen neuartige Erfahrungen bedeuteten, die Widerspruch herausforderten.

In den Grundsätzen der Nationalökonomie geschulte Zeitgenossen versuchten, wie in vorangegangenen Teuerungszeiten auch, die in ihren Augen unbegründeten Vorwürfe gegen die Getreidehändler zu entkräften sowie »die Furcht des Volkes vor dem sogenannten Kornwucher« als eine »Abart der Gespensterfurcht« bloßzustellen⁶². Dennoch waren 1846/47 die Vorstellungen über unlautere Geschäfte von Getreidehändlern und »Kornwucherern« auch in weiten Kreisen des Bürgertums und bei Funktionsträgern von Staat und Verwaltung verbreitet. Der Präfekt der Vendée beschrieb den Charakter der Krise in seinem Departement als »d'origine purement spéculative«⁶³. Die Magdeburger Regierung teilte im Sommer 1847 nach Berlin mit, daß »die Erfahrung gezeigt hat, daß die Speculation einen nicht geringern Antheil als die fehlende Quantität an den da gewesenen beispiellos hohen Preisen gehabt hat«⁶⁴. Noch deutlicher klingen die Stimmen vieler Bürgermeister, Magistrate, Landräte und Friedensrichter. Dies zeigt, daß das Bild vom »Kornwucherer« um 1847 noch weit verbreitet war und sich nicht ausschließlich auf die Vorstellungswelt der Unterschichten beschränkte.

58 GStA PK Rep. 77, Tit. 305, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 319f. und Bd. 2, Bl. 212ff.

59 Manfred GAILUS, Die Erfindung des »Korn-Juden«. Zur Geschichte eines antijüdischen Feindbildes des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 272 (2001) S. 597–622; HECHT (wie Anm. 15) mit mehreren Beispielen.

60 GStA PK Rep. 120, C VIII 1, Nr. 21.

61 Ibid. Rep. 77, Tit. 305, Nr. 1, Bd. 2, Bl. 79.

62 Wilhelm ROSCHER, Ueber Kornhandel und Theuerungspolitik, 3. Aufl., Stuttgart u. a. 1852, S. 75; für Frankreich Victor MODESTE, De la cherté des grains et des préjugés populaires, 3. Aufl., Paris 1862, S. 158ff.

63 Zit. nach L. MONNIER, La crise des subsistances en Vendée en 1846–1847, in: Le Pays d'Ouest 37 (1948) S. 11–14.

64 LHAM Rep. C 20 I, Ia, Nr. 622, Bd. 9, Bl. 185.

Bevor es an einem Ort zu gewalthaften Teuerungsprotesten kam, läßt sich in der Regel ein längeres kommunikatives »Vorspiel« nachweisen, das auf verschiedenen Ebenen stattfand. Auf Gerede und Gerüchte in der dörflichen bzw. städtischen Gesellschaft verweisen die in vielen Behördenberichten im Winter und Frühjahr 1846/47 gemachten Bemerkungen über eine »*ungewöhnliche Aufregung*«, »*l'inquiétude*«, »*une certaine agitation*« oder »*die Erbitterung gegen die Getreide-Aufkäufer*«⁶⁵. Bei solchen Gesprächen über die Teuerung, die auf dem Markt, in den Wirtshäusern, in Geschäften und auf der Straße stattfanden, ging es hauptsächlich um zweierlei: Einerseits die Vergewisserung, daß »Kornwucher« für die Preissteigerungen mitverantwortlich sei, verbunden mit der Frage, ob und in welcher Weise Personen aus dem eigenen Umfeld als »Wucherer« entlarvt werden könnten; andererseits die Feststellung, daß die Obrigkeiten nicht energisch genug gegen die Geschäftspraktiken der »Spekulanten« vorgingen und auch im Bereich der Armenfürsorge unzureichend gehandelt werde. In Preußen wurden entsprechende Ansichten in großer Anzahl von Angehörigen des Kleinbürgertums durch Suppliken und »Immediat-Eingaben« an Magistrate, Regierungen oder den König mit der Bitte um Schutzmaßnahmen herangetragen. Aber auch Denunziationen von »unsittlichen« Getreidehändlern bei lokalen Amtsträgern kamen vor⁶⁶.

Einen wichtigen Bestandteil der kommunikativen Prozesse bildeten Gerüchte. Die historische Forschung hat deren Rolle als unterschichtliche »Gegenöffentlichkeit« zu Petitionen und Zeitungsartikeln herausgestellt und dabei hervorgehoben, daß Gerüchte und Gerede nicht nur der Weitergabe von Informationen dienten, sondern auch kollektive Meinungen und Gruppenidentitäten produzieren konnten. Gerade in Krisenzeiten kam ihnen daher große Bedeutung zu⁶⁷. In Frankreich hatte schon im 18. Jahrhundert die Vorstellung von einem durch Kaufleute, Adel und Regierung geschlossenen »pacte de famine« mobilisierend gewirkt und Teuerungsunruhen hervorgerufen⁶⁸. Im Jahr 1847 lebte die Einbildung eines »Hungerkomplotts« vor allem dann fort, wenn Händler der absichtlichen Vernichtung von Nahrungsmitteln verdächtigt wurden. So hieß es in Merseburg, ein Kaufmann »*begieß(e) sein Getraide mit Mistjauche*«⁶⁹; im Departement Loiret kursierte das Gerücht, Aufkäufer würden ihre Kornbestände in die Loire und in den Canal d'Orléans werfen »*pour redoubler la misère et amener la famine*«⁷⁰. Hauptsächlich hatten die Gerüchte jedoch das Ziel, eine Verständigung über die »unmoralische« Gesinnung einzelner Händler herbeizuführen. Daß letzteren diese Gerüchte zumindest teilweise bekannt und auch unangenehm waren, belegen zahlreiche Gegendarstellungen in der lokalen Presse.

Eine einschüchternde Wirkung erzielten auch die anonymen Brandbriefe und Drohplakate, die vor allem in Frankreich als Mittel der öffentlichen Auseinandersetzung in der Teuerungszeit sehr präsent waren und zumeist ein hohes Maß verbaler Gewalt transportierten. Im Gegensatz zu Preußen richteten sich hier etliche von ihnen nicht nur gegen Besitzer von Kornvorräten und lokale Obrigkeiten, sondern auch explizit gegen die Staatsform und die Person des Königs. So verkündete ein im Dezember 1846 aufgefundener Drohbrief in Châteaudun (Eure-et-Loir): »*Vive Henry V, à bas Louis Philippe, le pain à 18 sous, à bas les boulangers, les cafetiers et les marchands de blé.*« In Nuillé-sur-Vicoïn (Mayenne) wurde mit Plünderung gedroht und gerufen: »*Mort au Roi, vive la république*«, und an anderer Stelle

65 Ibid. Nr. 645, Bl. 34; Nr. 623, Bd. 15, Bl. 218; AN F⁷ 3996; 4058; SHAT E⁵ 154.

66 HECHT (wie Anm. 15).

67 Joachim EIBACH, Gerüchte im Vormärz und März 1848 in Baden, in: Historische Anthropologie 2 (1994) S. 245–264; Hans-Joachim NEUBAUER, Fama. Eine Geschichte des Gerüchts, Bonn 1998; François PLOUX, L'imaginaire social et politique de la rumeur dans la France du XIX^e siècle (1815–1870), in: Revue historique 302 (2000) S. 395–434.

68 Steven L. KAPLAN, Le complot de famine. Histoire d'une rumeur au XVIII^e siècle, Paris 1982.

69 LAM Rep. C 129 Amtsgericht Merseburg, Nr. 12, Bl. 49.

70 Gazette des Tribunaux vom 27.3.1847.

schloß sich auf einem Plakat den Beschimpfungen von Getreidehändlern die Feststellung an: »*Il nous faut de suite une révolution*«⁷¹. Dies verweist auf eine spezifische französische Konfliktkultur, die sich (zumindest sprachlich und symbolisch) an 1789 und 1830 orientierte und die Legitimitätsdefizite des orleanistischen Königshauses und seiner Regierung widerspiegelte. In Preußen wie in Frankreich waren Drohplakate im lokalen Kontext gleichwohl Teil einer intensiv geführten und sich zuspitzenden öffentlichen Auseinandersetzung um den Umgang mit der Nahrungskrise.

Protestmotive

Wurde soeben auf mentale Hintergründe von Subsistenzunruhen verwiesen, sollen nun anhand zweier Fälle die konkreten Konfliktlinien, die zu kollektiven Protesten führten, sowie die Handlungsmotive der Akteure bestimmt werden. Als erstes Beispiel dienen die Tumulte in Merseburg am 21. April 1847. Hier kam es zu umfangreichen Ausschreitungen, nachdem ein Makler des Kaufmanns Friedrich auf dem Wochenmarkt einen Sack Getreide erstanden und dafür eine für den privaten Verbrauch einkaufende Frau überboten hatte. Während der Unruhen wurden am Vormittag die Inneneinrichtung des Geschäftshauses von Friedrich sowie die Häuser einiger anderer Kaufleute zerstört. Anschließend setzte die Menge eine Revision der Getreidespeicher mehrerer Händler durch, die vom anwesenden Magistratsassessor Herrmann organisiert wurde. Am Abend kam es trotz einer verhängten Ausgangssperre zu einer Fortsetzung der Unruhen vor dem Haus des Kaufmanns Jung, die zum Bau einer Barrikade durch die »Tumultuanten«, letztlich jedoch zur gewaltsamen Auflösung der Revolte durch das Militär führte⁷².

Hinter der Auseinandersetzung lassen sich längerfristige Konfliktlinien im Spannungsfeld von Getreidehandel, städtischer Krisenpolitik und Erwartungshaltungen der Einwohnerschaft entdecken. Die angegriffenen Getreidehändler gehörten nicht zu den wohlhabendsten Bürgern der Stadt Merseburg, jedoch waren die Hauptbetroffenen Friedrich, Jung und Morgenroth Teil der Gruppe von Personen, die im Umfeld der Nahrungskrise in besonderem Maße in der öffentlich Kritik stand, da ihnen nachgesagt wurde, »*den Kornwucherer gemacht zu haben*«⁷³. So hatte Wilhelm Jung beispielsweise im März 1847 sämtliche Getreidebestände des Merseburger Rentamtes aufgekauft und exportiert, obwohl diese eigentlich dazu bestimmt waren, in Notzeiten verbilligt an Hilfsvereine abgegeben zu werden⁷⁴. Die gegen ihn und seine Berufskollegen gerichteten Aktionen am 21. April dienten dann vor allem dazu, die unliebsamen Kaufleute zu bestrafen. Kollektive Zerstörungen von Statussymbolen und Geschäftsunterlagen waren dabei Formen der Auseinandersetzung, die viel Ähnlichkeit mit traditionellen Rügebräuchen aufweisen. Gewalt wurde durch die »Tumultuanten« dabei nicht ziellos, sondern sehr flexibel eingesetzt⁷⁵. Die Aneignung von Nahrungsmitteln spielte demgegenüber während der Unruhen eine untergeordnete Rolle.

Doch nicht nur die Getreidehändler, auch die lokalen Obrigkeiten wurden durch die Proteste angesprochen und zum Handeln aufgefordert. Bereits einige Tage vor den Unruhen hatte der Bürgermeister einen anonymen Drohbrief erhalten, der von ihm Maßnahmen gegen die Teuerung verlangte. Die Unterstützung armer Einwohner durch Mehl und Brot,

71 SHAT E⁵ 154 und 155; AN BB¹⁹ 39.

72 Zum Geschehen detailliert: Michael HECHT, »Ein Unglück für Arme und Reich«. Die Hungerunruhen in Merseburg am 21. April 1847, in: BENNINGHAUS (wie Anm. 26) S. 23–38.

73 Merseburger Kreisblatt vom 1.5.1847, S. 157.

74 GStA PK Rep. 77, Tit. 506, Nr. 3, Bd. 2, Bl. 264f. und Bd. 3, Bl. 2–16.

75 Christina BENNINGHAUS, Michael HECHT, Gewalt in Hungerunruhen 1847, in: Werner FREITAG et al. (Hg.), Politische, soziale und kulturelle Konflikte in der Geschichte von Sachsen-Anhalt, Halle 1999, S. 147–162.

die im Februar von den Stadtbehörden organisiert worden war, lief jedoch am 10. April aus. Auch in der Sphäre des Marktes hielt sich der Magistrat zurück und brachte die in den älteren Marktordnungen verankerten Bestimmungen gegen Getreideaufkauf nicht in Anwendung⁷⁶. Die »Tumultuanten« verstanden ihre Aktionen daher als Selbsthilfe und zwangen den Magistrat in Gestalt des Assessors Herrmann, sich für ihre Belange einzusetzen, indem während der Unruhen einerseits seine Autorität anerkannt blieb, andererseits Revisionen in den Kornspeichern der Händler durchgesetzt wurden. Trotz dieser allgemein erkennbaren Konfliktlinien konnten allerdings die konkreten Interessenlagen und Handlungsmotive der Protestierenden durchaus nuanciert sein⁷⁷. Die 56jährige Fleischerswitwe Johanne Caroline Mähler wurde beispielsweise für ihre Teilnahme an den Unruhen zu 4 Monaten Zuchthaus verurteilt, nachdem sie gestanden hatte, Steine auf den Friedrichschen Laden geworfen und mit einem Brett auf die Ladentür losgeschlagen zu haben. Vor den Tumulten war sie noch nie in polizeilicher Untersuchung gewesen, gehörte aber zu den Personen, die von der städtischen Armendirektion Unterstützungsleistungen bezogen. Daß diese Anfang April 1847 vom Magistrat aus Kostengründen gekürzt bzw. eingestellt wurden, zeitigte deutliche Konsequenzen, denn im Mai hatte Mähler ihr gesamtes Hab und Gut im Pfandhaus versetzt. Die Unruhen benutzte sie, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und beruhigte sich, als ihr während der Tumulte von einem Gastwirt ein Sack Kartoffeln versprochen wurde. An den Auseinandersetzungen mit dem Militär am Abend nahm sie offensichtlich nicht teil. Hingegen kam der 31jährige Schneider Christian Karl Schulze erst am Abend des 21. April nach Merseburg, wo er sich den Protestierenden anschloß. Bei den Kämpfen mit den Soldaten gehörte er zu den besonders aktiven »Tumultuanten«. Als Begründung gab er vor Gericht Leichtsinns und Übermut an. Schulze gehörte nicht zu den notorisch Armen, genoß also keine Unterstützungen von seiten der Stadt, war aber als Schneider Teil der Gruppe von kleinen Handwerkern, die besonders unter der Teuerung zu leiden hatte. Sein geschätztes Jahreseinkommen von 70 bis 80 Talern reichte in »gewöhnlichen« Jahren gerade aus, sich und seine Familie zu ernähren; im Frühjahr 1847 drohte jedoch ein Abstieg in die akute Bedürftigkeit und damit ein schwerwiegender Statusverlust. Die Unruhen wurden von Schulze offenbar dazu benutzt, seinem Unmut und Ärger über die »Kornwucherer« Luft zu machen. Das Gericht verurteilte ihn zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe und einer Züchtigung durch 20 Stockschläge. Freigesprochen wurde dagegen der 44jährige Schlossermeister Johann Friedrich Klemp. Dieser etablierte und vergleichsweise gut situierte Handwerker war wie der Kaufmann Friedrich am Markt ansässig und wurde offensichtlich durch den Lärm veranlaßt, sein Geschäft zu verlassen. Ob er bei den Unruhen eher ordnend eingreifen wollte oder durch anfeuernde Zurufe die Zerstörungsaktion unterstützte, ließ sich im nachhinein nicht sicher bestimmen. Da die preußische Gesetzgebung jedoch bereits die Anwesenheit bei einem Volksauflauf unter Strafe stellte, wurde er angeklagt, vom Gericht mangels Beweises aber nicht verurteilt.

Die gegebenen Beispiele machen auf zwei allgemeine Merkmale des kleinstädtischen Teuerungsprotests 1847 aufmerksam: Mißstimmung über Getreidehändler und das behördliche Krisenmanagement waren erstens in der Einwohnerschaft weit verbreitet, als Träger der gewalthaften Unruhen traten jedoch fast ausschließlich Angehörige der Unterschichten auf, für welche Tumulte und Bestrafungsaktionen noch legitime Formen des Widerspruchs und der Selbsthilfe darstellten. Zweitens läßt sich erkennen, daß viele Proteste von Frauen initiiert und getragen wurden, was darauf hindeutet, daß innerhalb der Unterschichten um 1847 Frauen von öffentlicher Kommunikation und öffentlichem Agieren nicht ausgeschlossen waren⁷⁸.

76 Stadtarchiv Merseburg Rep. XXV, Nr. 7; Rep. XV B, Nr. 108 und 111; Rep. XII E, Nr. 33.

77 Folgende Angaben nach dem Gerichtsmaterial in LAM Rep. C 129 Amtsgericht Merseburg, Nr. 12.

78 Hierzu vor allem Christina BENNINGHAUS, Sittliche Ökonomie, soziale Beziehungen und Geschlechterverhältnisse: Zur inneren Logik der Hungerunruhen, in: DIES. (wie Anm. 26) S. 117–158.

Anders als in Merseburg waren die Bedingungen, die in mehreren am Canal d'Orléans gelegenen Gemeinden zu Plünderungen durchfahrender Schiffe führten⁷⁹. Als auf dem Wochenmarkt der Stadt Lorris im Arrondissement Montargis (Loiret) am 13. März die Getreidezufuhr fast vollständig ausblieb, verabredeten sich die Einwohner benachbarter Dörfer, denen Nahrungsmittel fehlten, zur Blockade des Kanals. In Chailly-en-Gâtinais, wo vier mit Mehl und Getreide beladene Schiffe aus Orléans angelegt hatten, versuchten am Sonntag, dem 14. März, am frühen Morgen zunächst mehrere Männer und Frauen Mehl von den Bootsführern zu erhandeln, »ils avaient offert d'en payer le prix et montraient l'argent qu'ils avaient apporté dans ce but«⁸⁰. Da dies jedoch nicht möglich war, fanden kleinere Übergriffe auf die Schiffe statt, und es wurde von den Versammelten immer deutlicher die Plünderung gefordert. Auch die herbeigeeilten »Autoritäten« in Gestalt des Friedensrichters und des Bürgermeisters aus Lorris, des Unterpräfekten, des Staatsanwalts und des Gendarmerieleutnants aus Montargis konnten die Menge nur kurze Zeit beruhigen. Nachdem der Unterpräfekt gegenüber einem Mann, der »de la farine ou la mort« verlangte, geäußert hatte: »Et bien! Voilà le canal, vous pouvez vous y jeter«⁸¹, begann die Plünderung zweier Schiffe. Im Laufe des Abends kamen Männer, Frauen und Kinder aus vielen Nachbarorten mit Säcken nach Chailly und beteiligten sich an den Aktionen, die bis Mitternacht andauerten. Die Beamten zählten etwa 1200 Plünderer, gegen die sie sich machtlos fühlten. Erst am folgenden Tag trafen Husaren aus Fontainebleau und Linientruppen aus Orléans ein; die Nationalgarde nahm Verhaftungen vor. Am 17. März fand jedoch eine erneute Plünderung von Mehl auf dem Kanal statt. In Sury-aux-Bois stellten sich etwa 400 Personen einem von der Infanterie und Gendarmerie eskortierten Schiff aus Orléans entgegen und erklärten, »qu'il n'ont pas de pain chez eux et qu'il leur en faut ou la mort«⁸². Die Sturmglocke wurde geläutet und der Holzfäller Jean-Baptiste Goberville sprang von einer Holzbrücke auf das Schiff und schob die Soldaten, die sich an Bord befanden und ihre Bajonette kreuzten, beiseite. Ihm folgten mehrere Frauen; das Schiff wurde an das Ufer gelenkt und dort von den anwesenden etwa 1000 Personen geplündert. Soldaten und Zivilbehörden wagten nicht, mit Gewalt gegen die Menge vorzugehen; sie blieben lediglich Zuschauer des Geschehens.

Im Gegensatz zu den Unruhen in Merseburg lagen den Plünderungen am Canal d'Orléans keine Konflikte innerhalb der Orte zugrunde. Die Gemeinden waren mit 605 Einwohnern (Chailly) bzw. 936 Einwohnern (Sury) sehr klein und fast vollständig von Holzfällern und Tagelöhnern bewohnt. Reiche Getreidehändler gab es hier nicht. Die Wahrnehmung war im März 1847 geprägt durch kaum belieferte Märkte einerseits, umfangreiche Transporte auf dem Kanal andererseits. Zur Stimulierung des Handels hatte die Kanalverwaltung die Schiffsgebühren für Getreide- und Mehltransporte gesenkt, was zur Folge hatte, daß große Quantitäten an Nahrungsmitteln in Richtung Paris verschifft wurden, während die anliegenden Gemeinden im ohnehin armen Ostteil des Departements Loiret ihre Versorgung kaum sicherstellen konnten. Wie umfangreich die am lokalen Bedarf vorbeigeleiteten Bestände waren, verdeutlichen die Größenordnungen der geplünderten Nahrungsmittel: Allein in Chailly wurde Mehl im Wert von 40 000 Francs entwendet. Die von einigen Beobachtern mitgeteilte Deutung der Unruhen als »panique du moment«⁸³ scheint hingegen unzutreffend zu sein. Die Aktionen waren zumindest teilweise vorher geplant

79 Ausführliche Berichte in AN BB¹⁹ 39, F⁷ 4058, SHAT E⁵ 154, Gazette des Tribunaux vom 17.3.–27.3.1847, 27.5.1847; La Réforme vom 29.5.1847, 31.5.1847; Gerichtsmaterialien in AN BB²⁰ 140.

80 SHAT E⁵ 154.

81 Das Geschworenengericht in Orléans stellte im Mai fest, dieses »mot malheureux échappé à Mr le sous-préfet [...] pouvait être le signal de plus fâcheux écarts«. AN BB²⁰ 140.

82 La Réforme vom 29.5.1847.

83 AN BB¹⁹ 39.

und abgesprochen worden. Während der Plünderungen läßt sich die Übernahme bestimmter Rollen durch »Tumultuanten« erkennen. Als »Anführer« traten in Chailly die Witwe Damon, in Sury der Holzfäller Goberville auf. Sie gaben Anordnungen und übten durch offensives Benehmen Vorbildwirkung auf andere Anwesende aus. Frauen und Kindern kam unter anderem die Aufgabe zu, die Soldaten und Gendarmen von einem gewaltsamen Eingreifen abzuhalten. Waren von den »Tumultuanten« in Merseburg mit dem Argument des (drohenden) Hungers Zerstörungen als legitime Mittel, Diebstähle größtenteils als illegitime Mittel angesehen worden, zeigt sich bei den Plünderungen von Chailly und Sury ein genau entgegengesetztes Bild. Auffallend ist hier die weitgehende Gewaltlosigkeit der Aktionen, obwohl gerade im ländlichen Raum Gewalt in der Alltagskultur weit verbreitet war⁸⁴. Den Vertretern der Behörden und des Militärs schien es bemerkenswert, daß »aucune violence n'a été exercée contre les autorités présentes, et la population n'est point armée«⁸⁵. Die Plünderer »ne menacent pas, n'insultent pas, leur résolution est calme, hommes, femmes et enfants demandent du pain«⁸⁶. An den Plünderungen beteiligte sich der Großteil der Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern. Bei Requisitionen, die die Justizbehörden im Anschluß an die Vorfälle in Sury und seinen Nachbargemeinden durchführten, wurden erbeutete Mehlvorräte bei bis zu zwei Dritteln der Einwohner gefunden. Auch die lokalen Eliten scheinen den Aktionen nicht vollkommen ablehnend gegenübergestanden zu haben. Der Gemeindevorsteher von Sury, der 1846 vergeblich die Errichtung eines »bureau de bienfaisance« in seinem Ort betrieben hatte⁸⁷, sollte nach Zeugenaussagen am Tag vor den Ereignissen mehrere Einwohner zu den Plünderungen ermutigt haben⁸⁸. Der Ortsgeistliche von Chailly sagte während des Gerichtsprozesses zugunsten der Angeklagten aus, indem er ihre außergewöhnliche Notsituation hervorhob, was von der Staatsanwaltschaft sehr mißmutig aufgenommen wurde.

Die Rolle der lokalen Obrigkeit

Die Beispiele Merseburg, Chailly und Sury haben gezeigt, daß den lokalen Obrigkeiten im Kontext der Unruhen eine ambivalente Stellung zukam. Einerseits waren sie Ansprechpartner der Protestierenden, die von ihnen eine Unterstützung ihrer Forderungen verlangten, andererseits kam ihnen die Aufgabe zu, bedrohte Händler zu schützen und die Ruhe in der Stadt bzw. im Dorf zu gewährleisten – notfalls unter Einsatz militärischer Gewalt. Polizisten, Bürgermeister, Landräten und Friedensrichtern stand dabei ein bestimmter Handlungsspielraum zur Verfügung. Welche Reaktionen gewählt wurden, hing zum einen von den vorhandenen Repressionsmöglichkeiten, zum anderen vom Verhältnis der Entschei-

84 Alain CORBIN, L'histoire de la violence dans les campagnes françaises au XIX^e siècle. Esquisse d'un bilan, in: *Ethnologie française* 21 (1991) S. 224–236; Frédéric CHAUVAUD, *Les passions villageoises au XIX^e siècle. Les émotions rurales dans les pays de Beauce, du Hurepoix et du Mantois*, Paris 1995.

85 SHAT E⁵ 154.

86 AN BB¹⁹ 39.

87 Jacques-Henri BAUCHY, *Les émeutes frumentaires de 1847 en Orléanais*, in: *Bulletin de la Société Archéologique et Historique de l'Orléanais* 8 (1982) S. 41f. Zu den »bureaux de bienfaisance« während der Krise Roger PRICE, *Poor Relief and Social Crisis in Mid-Nineteenth-Century France*, in: *European Studies Review* 13 (1983) S. 423–454.

88 Der »maire« stritt die ihm zugeschriebene Bemerkung »*Courage, mes amis, nous l'avons*« vor Gericht zwar ab, was ihn jedoch nicht vor der Amtsenthebung schützte, vgl. *La Réforme* vom 29.5.1847. Zur Rolle von Bürgermeistern in Hungerunruhen auch Nicolas BOURGUINAT, *L'État et les violences frumentaires en France sous la Restauration et la Monarchie de Juillet*, in: *Ruralia* 1 (1997) S. 11–33.

Träger zu den Protestierenden und ihren Forderungen ab, wie anhand zweier weiterer Beispiele veranschaulicht werden soll.

In Cloyes am Loir im Arrondissement Châteaudun (Eure-et-Loir) kam es am 17. Februar 1847 zu Unruhen⁸⁹. Bereits im November und Dezember 1846 hatten größere Gruppen von Bettlern die Stadt heimgesucht und Angst vor Unruhen ausgelöst. Innerhalb der Stadt gab es Auseinandersetzungen um die Haltung des Bürgermeisters, Alfred Marquis d'Argent, in der Krise. Er wohnte außerhalb von Cloyes auf dem Anwesen in Bouville, war aktives Mitglied der »Société d'agriculture« in Châteaudun und gehörte durch seinen umfangreichen Landbesitz zu jener Gruppe von Personen, denen eine Bereicherung durch die hohen Getreidepreise nachgesagt wurde. Ein Ende Januar 1847 aufgefundenes Drohplakat machte ihn für die Not der armen Einwohner verantwortlich und unterstellte ihm schlechte Absichten⁹⁰. Hinzu kam, daß er gegen Unzufriedenheit auf dem Markt mit verstärkter Repression vorging, vor allem eine dauerhafte Militärpräsenz in seiner Stadt von den Oberbehörden einforderte. Die Unruhen vom 17. Februar fanden ihren Ausgangspunkt in der Verhaftung von 17 Frauen und Kindern, die in Cloyes gebettelt hatten. Als der Marquis d'Argent anordnete, die Hälfte der Verhafteten wieder freizulassen, die andere Hälfte jedoch zum Staatsanwalt nach Châteaudun zu bringen, rief dies unter den Marktbesuchern heftige Erregung hervor, und man widersetzte sich dem Abtransport der Frauen. Die aus Châteaudun erbetene Verstärkung der Sicherheitskräfte fand 600–700 mit Stöcken und Beilen bewaffnete Menschen vor, die mit der Demolierung der Gefängnistüren drohten. Im Gegensatz zum Bürgermeister versuchte der ebenfalls angekommene Staatsanwalt Lorient de Rouvray eine deeskalierende Strategie anzuwenden. Er begab sich unter die Menge, unterhielt sich mit den Protestierenden und fand sich gemeinsam mit dem Unterpräfekten »entourés de gens qui nous demandaient avec larmes la mise en liberté des détenues, nous dictant que la misère seule leur avait fait commettre le délit qui leur était imputé«⁹¹. Nachdem eine Abordnung des Stadtrates auch »offiziell« die Freilassung aller Festgenommenen erbeten hatte, ließ der Staatsanwalt die Frauen aus dem Gefängnis und verhinderte so größere Ausschreitungen. Sowohl die Protestierenden als auch die Behörden konnten flexibel auf die Handlungen der »Gegenseite« reagieren. Zwischen den Beamten gab es unterschiedliche Auffassungen über die angemessenen Mittel, einer aufgebrachten Menge zu begegnen. Die in den Konfliktsituationen durchgeführten »Aushandlungen« waren entscheidend für den Verlauf der Ereignisse.

Auch in der Provinz Sachsen konnten lokale Obrigkeiten zuweilen dafür sorgen, daß Proteste friedlich blieben, indem sie auf die Forderungen der unzufriedenen Einwohner nach reduzierten Preisen eingingen und in die Konflikte zwischen Marktbesuchern und Getreidehändlern vermittelnd eingriffen. So kam es in Wittenberg am 24. April 1847 zu einem Marktkrawall, nachdem ein Anbieter für seinen Roggen schlechter Qualität einen außerordentlich hohen Preis gefordert hatte. Die Marktbesucher bemächtigten sich der Getreidesäcke und stellten den Verkäufern Preise. Der Landrat von Jagow reagierte auf diese »taxation populaire« nicht mit dem Einsatz des Militärs, sondern versuchte, die Preisfestsetzung unter seine Kontrolle zu bringen. Dazu ließ er nicht nur das auf dem Markt befindliche Getreide beschlagnahmen, sondern auch mehrere Privathäuser im Beisein der Menge revidieren. An die Regierung berichtete er: »Um Excesse zu verhüten ging ich von der Menge gefolgt von Haus zu Haus und nahm durch Verschließen der Locale, wobei mich das Publicum ehrerbietig vor den Häusern erwartete, die Vorräthe unter meinen Schutz. Durch diese Maaßregeln hatte ich die Menge, die mich ohnehin genau kennt, für mich

89 Berichte in AN F⁷ 3996 und BB¹⁹ 40.

90 »Le maire de Cloyes est une canaille, il est de ceux qui veulent nous faire mourir de faim; mais qu'il prenne garde à lui«. AN BB¹⁹ 40.

91 Ibid.

gewonnen«⁹². Alle aufgefundenen Vorräte wurden auf die Ratswaage gebracht und am Nachmittag zu reduzierten Preisen verkauft.

Diese und ähnliche Vorfälle verdeutlichen, daß es den Protestierenden gelingen konnte, ihren Forderungen bei lokalen Amtsträgern zumindest teilweise Gehör zu verschaffen. Das Eigentumsrecht der Besitzenden wurde in bezug auf die Grundnahrungsmittel kurzfristig übergeben und ein Verkauf der Vorräte an die ärmere Bevölkerung durchgesetzt, wobei die taxierten Preise gewöhnlich auf einem Niveau lagen, das dem Umstand der Teuerung durchaus Rechnung trug, aber für Käufer und Verkäufer akzeptabel erschien. Die Gründe, warum Vertreter der Obrigkeit auf die Protestierenden eingingen, variierten. Vielerorts waren die Möglichkeiten, eine Unruhe gewaltsam zu unterdrücken, sehr gering. Anzahl und Ausrüstung von Polizisten und Gendarmen reichten in der Regel nicht aus, eine größere Menschenmenge im Zaum zu halten. In Wittenberg hätte zwar die Möglichkeit bestanden, die örtliche Garnison zu requirieren, jedoch zog es der Landrat vor, durch seine Autorität die Protestierenden zu beschwichtigen. Sicher war ihm auch bekannt, daß in den vorangegangenen Tagen der Einsatz des Militärs in Eisleben, Merseburg und Halle eher zur Entgrenzung von Gewalt als zur Beruhigung der Lage geführt hatte. Nicht zuletzt schwächte das Ausbrechen größerer Unruhen und umfangreicher Plünderungen die Position der Stadtverwaltung gegenüber den Oberbehörden, da den Magistraten vielfach eine Mitverantwortung an den Ausschreitungen gegeben wurde⁹³. Neben diesen Gründen kann jedoch auch vermutet werden, daß zumindest ein Teil der Magistrate die Gerechtigkeitsauffassungen der ärmeren Einwohner teilte. Es ist bereits ausgeführt worden, daß sich negative Urteile über Getreidehändler und vermeintliche »Kornwucherer« auch bei Bürgermeistern und Landräten nachweisen lassen. Das bedeutete freilich nicht, daß die Behördenvertreter mit den Aktionen der Protestierenden sympathisierten. Jedoch besaßen sie ein gewisses Verständnis für die Nöte und Anliegen der ärmeren Einwohner. Ihre Versuche, einigen Forderungen nachzugeben, jedoch gleichzeitig das Heft des Handelns in ihren Händen zu behalten, machte es gerade bei Preistaxierungen schwer, Strafverfolgungen gegen Protestierende erfolgreich zu führen.

Insgesamt zeigen die lokalen Entstehungsbedingungen der Nahrungsproteste, daß die Unruhen nicht als reflexartige Reaktionen auf Teuerung und Not zu verstehen sind, sondern in längerfristige Auseinandersetzungen um die Fragen nach den Ursachen und den Bewältigungsstrategien von Preissteigerungen eingebettet waren. Der konkrete Zweck des »bargaining by riot« (Hobsbawm) hing von den vor Ort bestehenden Konfliktsituationen und den »Vorgeschichten« der Unruhen ab. Nicht die vermeintliche Wiederherstellung einer Subsistenzwirtschaft ohne Märkte und Handel war das Ziel der Protestierenden, sondern die Regulierung des Getreidehandels zugunsten der Konsumenten, die ein Existenzrecht der ärmeren Einwohner in Notzeiten garantieren könne. Durch Maßnahmen, die aus der traditionellen Krisenbewältigung bekannt waren, sollte der Handel an sittliche Standards gebunden werden. In diesem Sinne kann von einer »moral economy« der Protestierenden gesprochen werden.

92 LAM Rep. C 50 Wittenberg A, Cap. I A, Nr. 40, Bd. 2, Bl. 41.

93 Etliche Magistrate erhielten Rügen der vorgesetzten Behörden für ihr Verhalten im Umfeld der Proteste, vgl. HECHT (wie Anm. 15).

III. Staatliche Krisenpolitik

Diskurse und Gestaltungsspielräume

Die bis hierhin dargelegten Ausführungen haben die Rolle des Staates im Entstehungsgefüge von Teuerungsunruhen bereits an mehreren Stellen angedeutet. Ernteauffälle, steigende Preise, Wirtschaftskrise und zunehmende Armut setzten die Regierenden unter Handlungsdruck. Weite Kreise der Bevölkerung forderten eine Behördenpolitik, die regulierend in den Nahrungsmittelhandel eingriff, die Konsumenten vor hohen Getreide- und Brotpreisen schützte und die Folgen der Teuerung milderte. Es ist daher danach zu fragen, inwieweit die Tumulte 1846/47 in Frankreich und Preußen aus einer gescheiterten Krisenpolitik des Staates resultierten. Die historische Forschung hat vor allem einen Zusammenhang zwischen der Entstehung von Subsistenzprotesten und der zunehmenden ökonomischen Liberalisierung in der »Sattelzeit« gesehen, während der die staatliche Krisenpolitik in Notjahren weitgehend von den bis ins 18. Jahrhundert hinein gebräuchlichen Grundsätzen abrückte, hohen Getreidepreisen durch klassische »Teuerungspolizei« (Kornsperrern, staatliche Getreideankäufe, Verbote der Branntweimbrennerei) zu begegnen⁹⁴. In Frankreich wandten sich zunächst die Physiokraten gegen eine obrigkeitliche Regulierung des Getreidehandels in Krisenzeiten und propagierten den freien Handel als probatestes Mittel zur Stabilisierung der Preise. Das 1763 erlassene und unter Turgot erweiterte Gesetz über die »libre circulation« scheiterte jedoch 1776 infolge der Aufstandsbewegung des »Mehlkrieges«⁹⁵. Die kontinuierliche Durchsetzung wirtschaftsliberaler Handelsmaximen leitete das Gesetz vom 9. Juni 1797 mit mehreren Folgeverordnungen zwischen 1819 und 1833 ein. Demnach wurde der Getreidehandel im Innern freigegeben, die Höhe der Zölle für Kornexporte und -importe vom jeweils herrschenden Marktpreisniveau abhängig gemacht (Gleitzölle). Bereits während der Subsistenzkrise von 1816/17 kehrte die Pariser Regierung nur punktuell zur interventionistischen Marktregulierung zurück und agierte weitgehend nach wirtschaftsliberaler Doktrin im Binnenhandel, was jedoch bei etlichen Präfekten auf Kritik stieß⁹⁶. Im Gegensatz zu Frankreich fanden in den deutschen Staaten die Vorstellungen eines freien Getreidehandels im 18. Jahrhundert kaum Anwendung in der Krisenpolitik. Die Anerkennung wirtschaftsliberaler Prinzipien begann erst verstärkt mit der Rezeption der englischen Nationalökonomie nach 1780. Die Reformgesetzgebung verhalf schließlich – insbesondere in Preußen – dem freien Getreidehandel im Innern weitgehend zum Durchbruch. Gleichwohl lebte in vielen deutschen Ländern noch am Anfang des 19. Jahrhunderts aus Angst vor Unruhen eine klassische Teuerungspolitik in Krisenzeiten, etwa 1816/17, fort⁹⁷.

94 Michael HUHNS, Zwischen Teuerungspolitik und Freiheit des Getreidehandels: Staatliche und städtische Maßnahmen in Hungerkrisen 1770–1847, in: TEUTEBERG (wie Anm. 33) S. 37–89.

95 Pierre BINET, La réglementation du marché du blé en France au XVIII^e siècle et à l'époque contemporaine, Paris 1939; Cynthia A. BOUTON, The Flour War. Gender, Class, and Community in Late Ancien Régime France, French Society, University Park, Pennsylvania 1993; Steven L. KAPLAN, Bread, Politics and Political Economy in the Reign of Louis XV, Den Haag 1976.

96 Nicolas BOURGUINAT, Libre-commerce du blé et représentations de l'espace français. Les crises frumentaires au début du XIX^e siècle, in: Annales HSS 56 (2001) S. 125–152.

97 Hans MEDICK, Teuerung, Hunger und »moralische Ökonomie von oben«. Die Hungerkrise der Jahre 1816–17 in Württemberg, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 15 (1985) S. 39–44; Josef MOOSER, Gewalt und Verführung, Not und Getreidehandel. Ein Versuch über den politischen Zusammenhang von bürgerlicher Revolutionsrezeption, Reformen und Unterschichten in Deutschland 1789–1820, in: Helmut BERDING (Hg.), Soziale Unruhen in Deutschland während der Französischen Revolution, Göttingen 1988, S. 218–236.

Die hier nur angerissene Entwicklung staatlicher Wirtschaftspolitik in Teuerungszeiten kann auf die Diskussionen um die geeigneten Krisenbewältigungsstrategien aufmerksam machen, die auch in der Zeit um 1847 noch nicht abgeschlossen waren. Trotz der Verankerung liberaler Einstellungen zur Handelsregulierung im Gesetzeskorpus und innerhalb der politischen Eliten standen der Verwaltung dennoch Handlungsspielräume zur Verfügung. Regulative Mechanismen ließen sich durch entsprechende Gesetze temporär einführen; für einige Maßnahmen der klassischen »Teuerungspolizei« standen in Preußen wie in Frankreich zudem die legislativen und juristischen Instrumentarien noch um die Jahrhundertmitte zur Verfügung. Sowohl das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten als auch der französische Code pénal sahen für bestimmte Praktiken im Nahrungsmittelhandel, die als nachteilig für die Konsumenten angesehen wurden, harte Sanktionen vor⁹⁸. Der große Handlungsspielraum der Bürokratie wird durch die Differenz der Maßnahmen zur Krisenbewältigung in verschiedenen deutschen Staaten unterstrichen⁹⁹.

Bezüglich der Diskussionen über die staatliche Krisenpolitik 1846/47 lassen sich Unterschiede für Frankreich und Preußen ausmachen, wobei die Kontroversen über den Getreideaußenhandel, die Intervention in den Binnenmarkt sowie das soziale Engagement zu trennen sind. Innerhalb der staatlichen Eliten in Frankreich war trotz der Kritik mancher Präfekten an bestimmten Geschäftspraktiken von Kaufleuten das Festhalten an der freien Handelsorganisation im Inland eine weitgehende Selbstverständlichkeit. Auch in den Debatten der Abgeordnetenkammer wurden kaum interventionistische Positionen laut, und die Oppositionspresse versicherte: »*Nous avons eu souvent l'occasion de rappeler que la libre circulation des grains était une condition indispensable de l'approvisionnement des marchés, et nous ne cesserons de le répéter*«¹⁰⁰. Kritik erreichte die Regierung eher von seiten der entschiedenen Freihändler, die sich im Umfeld der Krise von 1846/47 verstärkt organisierten. So wurde 1846 von prominenten Ökonomen wie Frédéric Bastiat und Michel Chevalier die »Association pour la liberté des échanges« gegründet, die die generelle Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen auch im Außenhandel propagierte und sich darin bewußt die englische »Anti Corn Law League« zum Vorbild nahm¹⁰¹. Demgegenüber waren in der politischen Sphäre Preußens die Elemente einer traditionellen »Teuerungspolizei« noch stärker im Bewußtsein präsent. Dies zeigen beispielsweise die Debatten auf dem Vereinigten Landtag im Frühjahr 1847. Verbote der Branntweimbrennerei, Verschärfungen von Marktordnungen und andere Maßnahmen gegen »*künstlich erzeugte(n) Mangel*« wurden von verschiedener Seite vorgeschlagen und diskutiert¹⁰². Im Kriegsministerium reifte

98 Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, mit einer Einführung von Hans HATTENHAUER, 2. Aufl., Neuwied u. a. 1994, Teil I Tit. 11 §§ 7–11 (Getreidemangel); Teil II Tit. 20 §§ 1290–1292 (»*Dardanariat*«, Auf- und Vorkäuferei); Code pénal, Paris 1810, Art. 419–420.

99 Exemplarisch Jürgen BOHMBACH, Die Hungerjahre 1846/47 in Oberhessen. Eine Darstellung aus den Akten der Regierung Marburg, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 23 (1973) S. 333–365; Joachim SCHAIER, Verwaltungshandeln in einer Hungerkrise. Die Hungersnot 1846/47 im badischen Odenwald, Wiesbaden 1991; Clemens ZIMMERMANN, Hunger als administrative Herausforderung. Das Beispiel Württembergs 1770–1847, in: Erk Volkmar HEYEN (Hg.), Öffentliche Verwaltung und Wirtschaftskrise, Baden-Baden 1995, S. 19–42.

100 La Réforme vom 22.3.1847, vgl. auch L'Union. Journal politique et littéraire vom 20.5.1847.

101 Michel CHEVALIER, Des forces alimentaires des états et des devoirs du gouvernement dans la crise actuelle, Paris 1847; Wolfgang GOROLL, Die Auseinandersetzung um Freihandel und Protektionismus im Frankreich des 19. Jahrhunderts (1815–1892). Mit besonderer Berücksichtigung der Nationalökonomen Chevalier, Dunoyer, Wolowski und Cauwès, Diss. rer. pol. Erlangen-Nürnberg 1977; zur Diskussion auch Nicolas BOURGUINAT, De la question frumentaire à l'idée d'une »économie morale« sous la Seconde République, in: Cahiers d'histoire 43 (1998) S. 177–199.

102 Vereinigter Landtag (wie Anm. 41) Sp. 89ff. Dennoch waren die Befürworter einer liberalen Krisenpolitik in der Mehrheit, vgl. die Analyse von GAILUS (wie Anm. 14) S. 330ff.

bereits 1846 die Idee, zur Bekämpfung steigender Kornpreise die staatliche Getreidemagazinierung zu intensivieren¹⁰³. Prohibitive Schritte im Handel mit anderen Ländern des Zollvereins wurden hingegen von vielen politischen Entscheidungsträgern als problematisch erachtet. Die Diskussionen konzentrierten sich auf Maßnahmen gegen Staaten außerhalb des Zollvereins.

Krisenpolitik in Preußen

Vor dem skizzierten Hintergrund der Handlungsspielräume und politischen Diskussionen zum Behördenhandeln in der Nahrungskrise sollen nun die konkreten Maßnahmen des »Krisenmanagements« auf zentralstaatlicher Ebene Preußens und Frankreichs vorgestellt und dabei gefragt werden, welche Verbindungen sich zum Auftreten von Teuerungsprotesten ziehen lassen. Die preußische Krisenpolitik in der Teuerungszeit 1846/47 lag im wesentlichen in den Händen des Innen- und des Finanzministers, so daß den Wahrnehmungen des Notstandes sowie den teuerungspolitischen Orientierungen dieser Entscheidungsträger eine wichtige Rolle zugemessen werden muß. Als Innenminister fungierte zwischen 1845 und 1848 Ernst Freiherr von Bodelschwingh, der bis 1844 das Finanzressort geleitet hatte und innerhalb der Staatsregierung als einer der einflußreichsten Männer im Umfeld des Königs galt¹⁰⁴. Wie Finanzminister Franz von Duesberg hatte er eine erfolgreiche Karriere in der preußischen Verwaltung absolviert und war Anfang der 1840er Jahre in die Spitze des Staatsapparates aufgerückt. Die Haltung beider Minister zur Rolle des Staates in der Nahrungskrise war bereits im Herbst 1846 vorgeprägt. Eine liberalökonomische Einstellung verband sich mit dem finanzpolitischen Ziel, die Aufwendungen der Staatskasse auf ein Minimum zu beschränken und die Steuer- und Zolleinnahmen nicht durch Prohibitivmaßnahmen zu gefährden. Warnungen von Unterbehörden und Sachverständigengremien vor einem »wahren Nothstand« blieben daher ungehört oder wurden als übertriebene Nachrichten abgetan¹⁰⁵. Auch blieb in Preußen im Gegensatz zu vielen benachbarten deutschen Ländern die Bildung eines Krisenstabes aus; im Staatsministerium, einer Art Ministerrat, wurde die Nahrungskrise nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt¹⁰⁶. Lediglich zu marginalen Schritten konnte sich die Verwaltungsspitze im November und Dezember 1846 durchringen. Begrenzte staatliche Getreideankäufe durch die Seehandlung und die Erhebung eines Ausgangszolls für Nahrungsmittel an der Landgrenze zu Frankreich kamen vor allem den westlichen Provinzen zugute¹⁰⁷. Forderungen nach spürbaren Steuererleichterungen lehnten die Minister ebenso ab wie die kostenintensive Notstandshilfe durch Sozialleistungen und Beschäftigungsprogramme. Wohltätigkeit wurde weitgehend den Lokalbehörden und privaten Initiativen überlassen, was selbst den Unmut des sozialkonservativen Flügels der Beamtenschaft auf sich zog¹⁰⁸.

103 Andreas PETTER, Armut, Finanzhaushalt und Herrschaftssicherung: Staatliches Verwaltungshandeln in Preußen in der Nahrungskrise von 1846/47, in: BENNINGHAUS (wie Anm. 26) S. 187–243, hier S. 204.

104 Siegfried BAHNE, Ernst von Bodelschwingh – ein preußischer Staatsmann und Politiker aus Westfalen in der Zeit der Restauration, Revolution und Reaktion, in: Westfälische Zeitschrift 146 (1996) S. 173–189.

105 GStA PK Rep. 77, Tit. 305, Nr. 1, Bd. 1; vgl. auch Volker KLEMM, Das Revolutionsjahr 1848 im preußischen Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder, Weimar 1998, S. 39.

106 Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 3: 9. Juni 1840 bis 14. März 1848, bearb. von Bärbel HOLTZ, Hildesheim u. a. 2000.

107 Zu den Maßnahmen detailliert PETTER (wie Anm. 103) S. 202ff.

108 Hermann BECK, The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, Bureaucracy, and the Social Question, 1815–1870, Ann Arbor 1995, v. a. S. 215ff.; Hans-Jürgen BELKE, Die preußische Regierung zu Königsberg 1808–1850, Köln u. a. 1976, S. 152ff.

Die preußische Krisenpolitik war also bis zum Frühjahr 1847 nicht nur geprägt durch ein Festhalten an wirtschaftsliberalen Prinzipien, sondern durch eine allgemeine Untätigkeit und Zurückhaltung der Entscheidungsträger. Ein solches »Krisenmanagement« rief bei weiterhin steigenden Getreidepreisen in den ersten Monaten des Jahres 1847 zunehmend öffentliche Kritik hervor; in Zeitungen und den nun massenhaft verfaßten Petitionen wurde ein stärkeres Engagement des Staates gegen den Notstand verlangt. Diese Forderungen stehen in engem Zusammenhang mit den in den Teuerungsunruhen geforderten obrigkeitlichen Schutzmechanismen im Sinne einer »moral economy«. Auch wenn die »Tumultuanten« selten explizit die Politik der Oberbehörden ansprachen, lassen sich doch anhand einiger Äußerungen von Protestierenden solche Konfliktbereiche ausmachen, die direkt auf die Berliner Staatsregierung zielten¹⁰⁹. Die Ministerialbürokratie wurde somit von den Teuerungsrevolten herausgefordert, ihr Konzept der Krisenpolitik zu überdenken und gegebenenfalls zu revidieren.

Tatsächlich markiert der Zeitpunkt des massenhaften Auftretens von Subsistenzunruhen – die Monate April und Mai 1847 – eine deutliche Zäsur im preußischen Umgang mit der Krise. Unter dem Druck der Straße wurden nun Maßnahmen beschlossen, die noch wenige Wochen zuvor nach den Bekundungen der Minister undenkbar erschienen waren. Dies betraf sowohl die Bereiche des Außenhandels, der inneren Marktorganisation, der Steuern wie der Finanzierung von Getreideankäufen und öffentlicher Beschäftigung. So wurden umfangreiche Mengen Roggen, Mehl und Reis auf Staatskosten beschafft, 500 000 Taler für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt, ein Exportverbot für Kartoffeln verhängt und die Herstellung von Branntwein untersagt. Selbst Bestimmungen der klassischen Markt- und Teuerungspolizei, die die Oberbehörden lange als unzeitgemäß und kontraproduktiv abgewehrt hatten, kamen wieder zur Anwendung. So war mit der Notstandserklärung des Königs am 23. April 1847 nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts die Voraussetzung gegeben, obrigkeitliche Registrierungen von privaten Getreidebeständen und ihre Zwangsfeilstellung anzuordnen sowie auf den lokalen Wochenmärkten Einkaufssperren gegen Zwischenhändler einzuführen. Bemerkenswert ist, daß die Notstandserklärung des Königs ohne schriftlichen Vorlauf in den Ministerien erging, also vermutlich aus der engeren Umgebung des Monarchen angeregt wurde und selbst die Minister überraschte¹¹⁰. Hieran zeigt sich der beträchtliche Einfluß, den sozialkonservative Mitglieder der königlichen Kamarilla auf die Regierungstätigkeit erlangen konnten. Auch wenn nach dem Kurswechsel im April 1847 das preußische Verwaltungshandeln nicht uneingeschränkt effektiv und an den Bedürfnissen der Notleidenden ausgerichtet war, konnten die Maßnahmen doch zumindest symbolisch das Engagement des Staates in der schweren Zeit verdeutlichen und der von vielen Seiten geäußerten Kritik des »Nichtstuns« entgegenzutreten. Die bei den Protesten auf der Straße gestellten Forderungen waren teilweise realisiert worden, die Anzahl von Teuerungsunruhen ging trotz weiterhin hohem Getreidepreisniveau nach Mai 1847 deutlich zurück.

Krisenpolitik in Frankreich

Die französische Staatsregierung stand Ende 1846 unter der Leitung des greisen Marschalls Soult, de facto fungierte als Ministerpräsident jedoch bereits vor seiner offiziellen Ernennung im September 1847 der Außenminister François Guizot. Die einseitige Interessenpolitik zugunsten der »Notabeln« und die Reformunfähigkeit seines Kabinetts trugen nicht

109 Beispielsweise im altmärkischen Salzwedel, vgl. Michael HECHT, Marcus RAU, »gelacht, gejauchzet, hurra gerufen und mitunter bittere Klagen über die Noth«. Die Hungerunruhen in Salzwedel am 8. und 9. Februar 1847, in: Jahresbericht des Altmärkischen Vereins für Vaterländische Geschichte zu Salzwedel 73 (2000) S. 117–133.

110 PETTER (wie Anm. 103) S. 218 und 231f.

unwesentlich dazu bei, daß die 1840er Jahre in Frankreich den Stempel einer »époque de contestation« erhielten¹¹¹. Für die Krisenpolitik in der Teuerungszeit 1846/47 waren vor allem der Innenminister Tanneguy comte Duchâtel sowie der Landwirtschafts- und Handelsminister Laurent Cunin-Gridaine zuständig. Letzterer hatte vor der Julirevolution als Fabrikant gearbeitet und nach 1830 zur konservativen Partei um Guizot gefunden. Duchâtel war ursprünglich als Jurist und wirtschaftspolitischer Publizist tätig gewesen. Bereits sein 1829 erschienenes Buch »La charité dans ses rapports avec l'état moral et le bien-être des classes inférieures de la société« hatte seine indifferente Haltung gegenüber sozialem Elend verdeutlicht, indem er zur Sicherung der politischen Ordnung für eine Zurückhaltung im Bereich der Wohltätigkeit plädierte¹¹². In den 1830er Jahren amtierte er zunächst als Handels- und Finanzminister, wobei er sich als Verfechter liberaler Handelspolitik sowie Gegner sozialer Reformen erwies, und erlangte 1840 den Posten des Innenministers. Die Haltung der Entscheidungsträger zur Krisenintervention 1846/47 war in Frankreich vorerst ähnlich wie in Preußen. Auch hier bildeten die Minister keinen Krisenstab – was noch während der Teuerungsjahre 1816/17 mit der »Commission des subsistances« der Fall gewesen war¹¹³ – und beschränkten sich im Herbst 1846 darauf, die Unterbehörden anzuweisen, daß die Freiheit des Handels in jedem Fall gewährleistet werden müsse¹¹⁴. Selbst innerhalb der Regierung versuchten Duchâtel und Cunin-Gridaine offensiv, ihren Kurs des Krisenmanagements durchzusetzen. Dem Kriegsminister Moline de Saint-Yon schärfte der Handelsminister im November 1846 ein: »Vous savez, comme moi, Monsieur et cher Collègue, combien il importe, dans les circonstances présentes, d'assurer la libre circulation des grains et la sécurité des marchés«¹¹⁵. Nachdem im Departement Bas-Rhin lokale Justizbehörden gegen vermeintliche Aufkäufer auf Grundlage der Artikel 419 und 420 des Strafgesetzbuches vorgegangen waren, beschwerte sich der Innenminister bei Justizminister Hébert über diese Maßnahmen: »Cette sévérité, fort inopportune, n'a eu d'autre résultat que de décourager le commerce et de pousser à la hausse des grains«¹¹⁶.

Erst als im Januar 1847 der öffentliche Druck durch die zahlreichen Subsistenzunruhen im Lande deutlich angewachsen war, entschlossen sich die Minister zu legislativen Kriseninterventionen. Gleichwohl blieben die gesetzlichen Regelungen zurückhaltend dosiert: Es erging ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln, Hülsenfrüchte und einige andere pflanzliche Nahrungsmittel, wohingegen der Handel mit Getreide und Mehl unbehelligt blieb. Für den Export von Mais und Buchweizen wurden entsprechend der Gleitzollbestimmung von 1832 die Maximalsätze erlassen. Die temporäre Absenkung der Einfuhrgebühren für Lebensmittel beruhigte die Bevölkerung und kam den Forderungen der »libre-échangistes« entgegen, ohne daß das bestehende Zollsystem grundsätzlich reformiert wurde¹¹⁷. Als am 12. Februar 1847 ein Gesetzentwurf über Handelserleichterungen im Bereich der Küsten- und Binnenschifffahrt im Parlament zur Diskussion kam, nutzte ein Abgeordneter die Möglichkeit, seine Kritik an der untätigen Haltung der Regierung zum Ausdruck zu bringen:

111 Jacques CHASTENET, Une époque de contestation: La monarchie bourgeoise, 1830–1848, Paris 1976.

112 Vgl. André GUESLIN, Gens pauvres, pauvres gens dans la France du XIX^e siècle, Paris 1998, S. 116, der eine Auflage von 1836 zitiert. Zum zeitgenössischen Diskurs zur sozialen Fragen Giovanna PROCACCI, Gouverner la misère. La question sociale en France 1789–1848, Paris 1993.

113 BOURGUINAT (wie Anm. 6) S. 76ff.

114 Die wichtigsten Ministerialzirkulare in der Krisenzeit sind aufgeführt bei Henri FORESTIER, L'Yonne au XIX^e siècle, T. 2 (1830–1848), Auxerre 1963, S. 310f. Die Antwort der Präfekten in AN F¹¹ 2758.

115 SHAT E⁵ 159.

116 AN BB¹⁹ 39.

117 Zu den Maßnahmen vgl. HECHT (wie Anm. 15).

»Comment se fait-il que, dès cette époque [août 1846, M. H.], où les journaux français et étrangers signalaient l'insuffisance de la récolte, on n'ait songé qu'au mois de janvier à prohiber les exportations? [...] Dans cette absence complète de prévoyance, il n'est pas possible de rejeter le mal sur l'intempérie des saisons; la faute doit en retomber sur les Ministres, qui n'ont su ni prévoir, ni pouvoir.« In seiner Entgegnung verriet Innenminister Duchâtel, daß er die wirtschaftsliberale Grundhaltung nicht aufgegeben hatte und die Prohibitivgesetze seinen eigentlichen Ansichten entgegenstanden: »Un gouvernement ne peut que maintenir la liberté du commerce et écarter les obstacles qui le gênent. C'est ce que le Gouvernement a fait. [...] Mais on nous dit que nous devons nous-mêmes nous occuper des approvisionnements, que nous devons acheter des grains! Tous ces systèmes chimériques seraient beaucoup plus funestes que la prétendue imprévoyance même qu'on reproche au Gouvernement«¹¹⁸. Auch im Bereich der außerordentlichen Finanzaufwendungen des französischen Staates infolge der Nahrungskrise zeigt sich ein ähnliches Bild. Nachdem Ende Dezember 1846 insgesamt 5,2 Millionen Francs für »bureaux de bienfaisance« und »travaux d'utilité communale« bewilligt worden waren, wurde bald offensichtlich, daß diese Summe der Notlage nicht gerecht werden würde. Zwischen 24. Februar und 2. April 1847 genehmigte daraufhin das Parlament zusätzlich je 4 Millionen Francs für Armenunterstützung und für öffentliche Beschäftigung. Doch auch diese Größenordnungen blieben nicht unkritisiert. Die Oppositionspresse spottete: »M. Duchâtel a demandé à la chambre un crédit de 4 millions! Quatre millions à répartir entre 40 mille communes, c'est-à-dire 100 fr. par commune! Voilà tout ce que le ministre a trouvé pour les classes souffrantes sur un budget de quinze cents millions«¹¹⁹. Die Hauptlast der Folgen der Teuerung trugen die französischen Gemeinden, die in vielen Fällen hohe Kredite aufnehmen und kommunale Steuern erhöhen mußten¹²⁰.

Insgesamt zeigt das oberbehördliche Krisenhandeln im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich viele Ähnlichkeiten mit dem preußischen Fall. Die zuständigen Minister beschränkten sich weitgehend darauf, die »liberté du commerce« zu beschwören. Auch in Frankreich wird der Zusammenhang mit den Teuerungsunruhen deutlich. Die staatliche Krisenpolitik war einerseits Ursache für Unzufriedenheit und Widerspruch¹²¹, andererseits reagierte sie auf die Revolten mit legislativen Maßnahmen, die zumindest teilweise den Grundüberzeugungen der Minister widersprachen und als Zugeständnisse an die Protestierenden zu interpretieren sind. Allerdings war der Kurswechsel im Januar 1847 bei weitem nicht so prägnant wie derjenige der preußischen Politik im April. Eine einflußreiche sozialkonservative Bewegung, die Maßnahmen im Sinne einer klassischen »Teuerungspolizei« durchsetzen konnte, gab es in Frankreich nicht. Die Minister machten an ihrer wirtschaftsliberalen Politik nur einige Abstriche und hielten sich auch bei der Finanzierung sozialer Hilfsmaßnahmen zurück. In Frankreich nahm die Anzahl von Teuerungsunruhen nach Januar 1847 zwar ab, allerdings blieben sie bis zur Ernte im Spätsommer weiterhin ein deutlich wahrnehmbares Phänomen¹²².

118 Procès-verbaux (wie Anm. 1) Bd. 1, S. 722–724.

119 Le National vom 22.3.1847.

120 HECHT (wie Anm. 15).

121 Vgl. exemplarisch den im März 1847 in Chartres an der Tür des Präfekten gefundenen Drohbrief (Orthographie wie im Original): »A bas Guizot pour contrarier les cherté du pin. Il liat sept commune pret Chartres preste a sere volter pour le pin [...].« SHAT E⁵ 154.

122 BÉLIVEAU (wie Anm. 5) S. 85.

IV. Schluß

Ziel der Ausführungen war es, ein Analysemodell zu entwerfen, das auf empirischer Grundlage am Beispiel der Teuerungsunruhen 1846/47 in Frankreich und Preußen den Bedingungsfaktoren der Protestentstehung in unterschiedlichen Kontexten und auf unterschiedlichen Untersuchungsebenen nachgeht. Ausgehend vom Befund, daß im Gefolge der Krise 1846/47 die Geographie des Nahrungsprotests sowohl in Frankreich als auch in Preußen ein regionales Gepräge besaß, also ausgesprochene Protestlandschaften von weitgehend protestfreien Gebieten unterschieden werden können, wurden am Beispiel zweier Protestregionen spezifische Krisenprofile herausgearbeitet, die einen Zusammenhang mit dem gehäuftem Auftreten von Teuerungsunruhen erkennen lassen. Solche vielschichtig beschreibbaren Krisenprofile einzelner Regionen übten einen Einfluß auf die Entstehungswahrscheinlichkeit von Protest aus, indem sie Voraussetzungen für die konkreten Situationen schufen, aus denen Unruhen entstanden; jedoch gab es keinen »determinierenden« Zusammenhang zwischen struktureller und konjunktureller Krisenlage einerseits und Protestentstehung andererseits. Vielmehr war es notwendig, die Situationsdeutung der Handelnden zu entschlüsseln und daraus ableitbare Protestmotivationen und -ziele zunächst im lokalen Umfeld zu suchen. Ein Großteil der Bevölkerung machte bestimmte Praktiken des Getreidehandels für die krisenhafte Lage (mit)verantwortlich. Angehörige der Unterschichten verständigten sich darüber, welche Händler als »Wucherer« bzw. »accapareurs« anzusehen seien. Gegenüber der vermeintlichen Hartherzigkeit und dem Egoismus der Kaufleute argumentierten die ärmeren Einwohner mit sittlichen Kategorien, die auf die vorrangige Lokalversorgung bei bestehender oder befürchteter Hungersnot und ein Existenzrecht der notleidenden Bevölkerung rekurrten und mit E. P. Thompson als »moral economy of the poor« interpretierbar sind. Damit verband sich eine Erwartungshaltung, die Regulierungen und Einschränkungen des Handels sowie Hilfsmaßnahmen für ärmere Einwohner einschloß und dabei auf traditionelle Krisenbewältigungsstrategien Bezug nahm. Eine wichtige Rolle im kommunikativen Gefüge kam den lokalen Obrigkeiten zu, die als Ansprechpartner für die Anliegen der Unterschichten wie als ordnungssichernde Autoritäten eine ambivalente Stellung innehatten. Gerade in der Ausnahmesituation einer (entstehenden) Unruhe besaßen Bürgermeister, Polizisten, Friedensrichter und Landräte einen bestimmten Handlungsspielraum, der für die Dynamik des Geschehens von weitreichender Bedeutung sein konnte. Die von weiten Kreisen der Bevölkerung geteilte Erfahrung der Gleichzeitigkeit von Teuerung und Hungersnot einerseits und von Prosperität des Handels mit den dringend benötigten Lebensmitteln andererseits war jedoch in größerem Maße abhängig von den Prämissen der zentralstaatlichen Krisenpolitik, in welche auch die lokalen Obrigkeiten eingebunden blieben. Die Auffassungen der französischen und der preußischen Staatsregierung gegenüber dem Notstand lassen viele Ähnlichkeiten erkennen. In beiden Fällen formulierten die Entscheidungsträger nach der schlechten Getreideernte 1846 das Ziel, der zu erwartenden Krise mit einem weitgehenden wirtschaftlichen »laissez faire« zu begegnen und die Finanzierung sozialer Hilfsmaßnahmen vor allem den Gemeinden zu überlassen. Erst die in den zahllosen Straßenprotesten implizite Kritik am staatlichen Krisenmanagement führte zu teuerungspolitischen Korrekturen, die in Preußen deutlicher als in Frankreich ausfielen. Die nun getroffenen Maßnahmen veranschaulichten gegenüber den verbreiteten Protestdispositionen im Lande zumindest symbolisch das geforderte staatliche Engagement und ließen die Anzahl von Unruhen merklich zurückgehen. Der so skizzierte Zusammenhang der Bedingungsfaktoren geht somit von einem akteurszentrierten Ansatz aus, wobei das Handeln sowohl durch die Orientierung der Akteure an »legitimen Ordnungen« (Weber) als auch die kontextuelle Einbettung in Krisenräume strukturiert wird.

Das hier vorgeschlagene Analysemodell erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versteht sich vielmehr als offen für Ergänzungen, die flexibel in das Untersu-

chungsraaster eingefügt und mit den Handlungsorientierungen der Akteure verknüpft werden können. Mehrere Einflußgrößen – beispielsweise die Frage nach der geschlechtsspezifischen Prägung von Protestverhalten¹²³ oder der Einfluß der Repression auf die Protestentstehung bzw. -vermeidung¹²⁴ – mußten hier weitgehend ausgespart bleiben. Darüber hinaus scheint es lohnend, weitere systematische Vergleiche anzugehen, die andere Protesträume und Protestzeiten beleuchten, dabei die Wirkungsweise von Bedingungsfaktoren der Teuerungsunruhen noch schärfer zu fassen vermögen und auch differenzierte Antworten auf die Frage geben können, warum nach 1850 Subsistenzunruhen in bestimmten Regionen Mitteleuropas weitgehend obsolet wurden. Auch ein multiperspektivischer Blick auf die Zusammenhänge zwischen den Geschehnissen der Jahre 1846/47 und den Revolutionen 1848/49 scheint vielversprechend, da die gesellschaftlichen Implikationen der Krise und der sie begleitenden Unruhen ungemein vielschichtig und komplex waren.

123 Hierzu Christina BENNINGHAUS, »Hier hatten sich aber viele Leute, meist Weiber, angesammelt ...«. Frauen in Hungerunruhen in der Provinz Sachsen und den anhaltischen Herzogtümern 1847, in: Johanna LUDWIG et al. (Hg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Berlin 1999, S. 89–102; Denis BÉLIVEAU, La participation des femmes aux révoltes frumentaires en France dans la première moitié du XIX^e siècle, in: Fabienne GAMBRELLE, Michel TRÉBITSCH (Hg.), Révolte et société. Actes du IV^e colloque d'histoire au présent, Paris 1989, Bd. 2, S. 140–148.

124 Hierzu HECHT (wie Anm. 15); Roger PRICE, Techniques of Repression: The Control of Popular Protest in Mid-Nineteenth-Century France, in: Historical Journal 25 (1982) S. 859–887.